

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Kritische  
Bestandsaufnahme**  
Wolfgang Katzian

**Das sozialdemokratische Jahrhundert  
hat noch gar nicht begonnen**  
Hannes Swoboda

**Sozialdemokratische Handschrift?**  
Sonja Ablinger

**Ägypten: Inmitten der Konterrevolution**  
Tyma Kraitt



**DEBORAH SENGL**

**DIE LETZTEN TAGE  
DER MENSCHHEIT**

ESSL MUSEUM



# EDITORIAL

Jahrzehntelanger Erfahrung zufolge geht es mit öVP-Bundesoblen politisch dem Ende zu, wenn die öVP-Landeshauptleute übereinstimmend versichern, sie stünden hinter ihrem Parteichef. So gesehen ist Michael Spindelegger geradezu ein sorgenfreier Mann. Der an die Öffentlichkeit getragene Unzufriedenheitspegel ist so groß, dass man sich ausserhalb Nieder- und Oberösterreichs nicht einmal mehr die Mühe macht, an der Vertrauenskundgebungs-Scharade teilzunehmen. Für die neu gebildete Koalition sind die internen VP-Turbulenzen aber nur bedingt ein Gewinn. Zwar ist es erfreulich, dass die VP-»Westachse« im Gegensatz zur Bundespartei Bereitschaft zeigt, schulpolitisch ins letzte Drittel des 20. Jahrhunderts vorzustoßen. Andererseits werden gerade dadurch symbolbehaftete Sachfragen zur innerparteilichen Existenzfrage für den glanzlosen Bundesparteiobmann, der gleichzeitig ad personam ein wichtiges Element der machtpolitischen Stabilität der Regierung ist. All das trägt nicht gerade dazu bei, übergroße Erwartungen an die Reform-Improvisation der Regierungsspitze zu entwickeln.

Umso interessanter scheint daher zu sein, wie das Regierungsprogramm selbst zu bewerten ist. Nach der ersten Runde medialer Generalkritik nehmen drei Beiträge das Koalitionsübereinkommen unter die sozialdemokratische Lupe:

**Wolfgang Katzian** erkennt **keine großen Würfe**, aber **zahlreiche positive Schritte** ohne Alternative. Weil das allein inner- und außerhalb der Sozialdemokratie für Jubelstürme aber nicht ausreichen werde, argumentiert er für ein groß angelegtes **Programm- und Organisationsentwicklungsprojekt** in der Partei.

Auch **Sonja Ablinger** sieht positive Schritte. Im Kontext des allgemeinen **Finanzierungsvorbehaltes**, der Schwerpunktsetzung auf die **Budgetkonsolidierung** und vor allem der **Rekordarbeitslosigkeit** drohe trotzdem die **sozialdemokratische Handschrift** unlesbar zu werden.

**Caspar Einem** wiederum **vermisst** im Regierungsübereinkommen erkennbare **außenpolitische Akzente**, die Österreichs außenpolitische Interessen und Positionierung erkennbar machen.

Vor **125 Jahren** einte Victor Adler die österreichische ArbeiterInnenbewegung am **Hainfelder Parteitag**, auf dem die Sozialdemokratische Arbeiter-Partei ins Leben trat. In dieser Ausgabe argumentiert **Hannes Swoboda**, **warum das Wirken der Sozialdemokratie global gesehen erst am Anfang steht**. **Michael Roseckers** politisches **Porträt des Parteigründers Victor Adler** soll Denkanstöße liefern, was wir heute aus der Gründungsgeschichte unserer Bewegung lernen können. Selbstverständlich wird uns der 125. Geburtstag unserer Partei aber das gesamte Jahr 2014 weiter beschäftigen.

Die Journalistin **Tyma Kraitt** untersucht die Lage der **ägyptischen Revolution** und die **Perspektiven sozialer Kämpfe** angesichts der Rückkehr des Militärs an die Macht und des sich anbahnenden innenpolitischen Dauerkonflikts.

**Stefan** und **Andreas Brocza** wiederum zeigen anhand einer kleinen Insel vor Ostafrika, **Mayotte**, wie und warum **ehemalige Kolonien** ihre Bindung an das früher »Mutterland« verstärken und so auch **Teil der Europäischen Union** werden.

Nach den **Büchertipps** setzt sich **Artur Streimelweger** kritisch mit der weiteren Verschärfung von **Klimaschutzstandards** im (öffentlichen) **Wohnbau** auseinander und zeigt auf, dass ohne markante Gewinne beim Klimaschutz Bau- und damit **Wohnkosten** deutlich erhöht werden.

Ausgehend von einer Besprechung des energiepolitischen Sammelbands »Powerlines« nimmt schließlich **Thomas Nowotny** Europas **Energiepolitik** ins Visier.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK  
Gf. Chefredakteur



# Inhalt



Deborah Sengl, *Die letzten Tage der Menschheit*, I. Akt / 1. Szene, 2013 (Detail)  
© Deborah Sengl, Foto: Mischa Nawrata

## Aktuelle Debatte: **Regierungsprogramm**

### 6 **Kritische Bestandsaufnahme**

VON WOLFGANG KATZIAN

### 10 **Sozialdemokratische Handschrift?**

VON SONJA ABLINGER

### 14 **Kein Interesse.**

VON CASPAR EINEM

## Schwerpunkt **125 Jahre Hainfeld**

### 18 **Das sozialdemokratische Jahrhundert hat noch gar nicht begonnen**

VON HANNES SWOBODA

### 22 **Der Hainfelder Parteitag und sein Programm**

VON MICHAEL ROSECKER

### 28 **Ägypten: Inmitten der Konterrevolution**

VON TYMA KRAITT

### 32 **Mayotte: Wie eine tropische Insel zu Europa wurde**

VON STEFAN BROCZA & ANDREAS BROCZA

### 36 **Buchtipps**

Sachliches & Belletristisches

### 38 **Klimaschutz im Wohnbau – um jeden Preis?**

VON ARTUR STREIMELWEGER

### 42 **Europäische Energiepolitik**

VON THOMAS NOWOTNY

# Kritische Bestandsaufnahme

**Wolfgang Katzian analysiert** das Regierungsübereinkommen aus der Sicht eines sozialdemokratischen Gewerkschafters: Kleine Schritte statt großer Würfe sind Ausdruck eines Kompromisses mit der ÖVP. Abseits der Alltagsroutine brauche es aber Überlegungen, die die Sozialdemokratie programmatisch und strukturell stärken.

**S**pö und övp haben nach längeren Verhandlungen wieder zu einer Regierungskoalition zusammen gefunden und sich entschieden, die gemeinsame Arbeit der vergangenen Jahre fortzusetzen. Das löst innerhalb der Sozialdemokratie verständlicherweise wenig Euphorie aus, denn das vorliegende Koalitionsübereinkommen enthält keine großen Würfe. Weder eine Vermögenssteuer, noch eine Bildungsreform oder eine umfassende Reform des Pflegesystems sind derzeit unter den gemeinsamen Vorhaben.

Realistisch betrachtet ist das, was wir in den kommenden fünf Jahren gemeinsam mit der övp umsetzen können, kein großes Reformpaket, sondern eine Politik der kleinen Schritte. Bei aller berechtigten Enttäuschung darüber sollten wir jedoch nicht übersehen, dass viele der geplanten kleinen Schritte, die sich die neue Regierung vorgenommen hat, wichtig und zudem die Umsetzung langjähriger gewerkschaftlicher Forderungen darstellen: Das Urlaubsrecht soll reformiert und die sechste Urlaubswoche für alle leichter erreichbar werden, All-in-Verträge sollen transparenter werden und die övp hat endlich der Einführung eines Bonus-Malus-Systems und einer Reform der Pensionssicherungskommission zugestimmt. Der Pflegefonds wird bis 2018 finanziell abgesichert und ein zweites kostenloses Kindergartenjahr soll eingeführt werden. Auch bei den Unternehmenssteuern musste die övp Zugeständnisse machen und einer weiteren Verschärfung der Gruppenbesteuerung und einer Einschränkung des Gewinnfreibetrages auf reale Investitionen zustimmen. Es kommt dagegen weder eine vorzeitige Erhöhung des Frauenpensionsalters, noch Verschärfungen bei der Altersteilzeit und auch nicht die von der övp geforderten Einschnitte beim Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe.

Ohne Frage enthält das Regierungsprogramm auch eine Reihe von Vorhaben, die wir kritisch sehen und deren kon-

krete Umsetzung wir daher genau im Auge behalten müssen, etwa bei der Arbeitszeit. Ein Koalitionsübereinkommen ist letztlich immer ein Kompromiss, dessen Zustandekommen auch Zugeständnisse erfordert. In Anbetracht der schwierigen Ausgangssituation vor den Verhandlungen, des nur mittelprächtigen Wahlergebnisses und der Alternativenlosigkeit bei der Wahl des Regierungspartners denke ich jedoch, dass wir aus diesem Kompromiss mit engagierter Arbeit doch vieles herausholen können.

Die meiner Ansicht nach einzige Alternative zu diesem Regierungsübereinkommen wäre es gewesen, in die Opposition zu gehen und Schwarzen, Blauen und Rosaroten oder Stronachs das Feld zu überlassen.

Ich gebe zu, diese Variante hätte durchaus ihren Reiz: Oppositionsarbeit und nach Lust und Laune die Regierung kritisieren, statt ständiger zermürbender Verhandlungen und den Mühen der Ebene. Für die Sozialdemokratie als Bewegung würde das zweifellos neuen Schwung und sicherlich auch Wählerzuwächse bringen. Was eine schwarz-blau-rosa Zusammenarbeit jedoch für die österreichischen ArbeitnehmerInnen, die Sozialversicherung und unser Sozialsystem bedeuten würde, steht auf einem anderen Blatt.

Rein rechnerisch gäbe es noch eine dritte Alternative für die spö, nämlich die einer Koalition mit den Freiheitlichen. Selbst wenn man die Augen vor sämtlichen rechtsextremen und antidemokratischen Entgleisungen der Freiheitlichen verschließt, sehe ich keine Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit. Eine Partei, die sich gegen eine Gleichstellung der Geschlechter, gegen die Mindestsicherung, gegen eine Vermögenssteuer, gegen die Einführung einer Gesamtschule, für die Schwächung der Arbeiterkammer, gegen die Fristenlösung und für eine Trennung der Sozialversicherung in eine Inlän-

der- und Ausländerversicherung einsetzt, kann kein vielversprechender Partner für die Sozialdemokratie sein. Ich habe daher in den Diskussionen nach der Nationalratswahl entsprechend Stellung bezogen und letztlich haben sich die sozialdemokratischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter einhellig gegen eine Koalition mit der FPÖ ausgesprochen.

### WAS TUN?

Für alle, die operativ im politischen Prozess arbeiten und gestalten, geht es jetzt darum, in der Detailarbeit bei der Umsetzung des Regierungsprogrammes dafür zu sorgen, dass nicht durch die Hintertüre Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen dazu kommen – erste Ansätze gibt es, aber alle die meinen, dass das schon »irgendwie geht« werden mit massiven Widerstand der Gewerkschaften rechnen müssen.

Aber was passiert über die Tagespolitik hinaus? Was tun, abseits von Pragmatismus und Regierungsroutine? Wie erneuern wir die Sozialdemokratie und positionieren sie als Kraft, die für Weiterentwicklung der Gesellschaft steht, die aber auch die großen sozial- und gesundheitspolitischen Erfolge unserer Bewegung der letzten über 100 Jahre sichert?

Es stellt sich die entscheidende Frage, wie unser gesellschaftspolitischer Gegenentwurf zum neoliberalen Konzept entfesselter Finanzmärkte, zu Deregulierung und Sozialabbau im großen Stil und für eine demokratische Wissensgesellschaft aussieht. In Anbetracht entfesselter Finanzmärkte und einem Welthandel ohne Schranken sowie der politischen Situation in Europa kann aus meiner Sicht ein solches Gegenkonzept kein nationalstaatliches sein. Die Sozialdemokratie braucht daher nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa einen Erneuerungsprozess – in programmatischer, kommunikativer und struktureller Hinsicht.

### PROGRAMMATISCHE ERNEUERUNG

Bereits vor der Nationalratswahl wurde im Parteivorstand beschlossen, einen Diskussionsprozess zur Erstellung eines neuen Parteiprogrammes zu starten. Nicht zuletzt auf Grund der Analysen zur Nationalratswahl greift dabei eine Befassung auf Expertenebene und eine politische Debatte in den Strukturen der Partei zu kurz. Aus meiner Sicht sollten wir uns die Zeit und die Energie nehmen, folgende Fragen zu beantworten:

Was sind die Eckpunkte einer solidarischen Gesellschaft (Arbeit, soziale Sicherheit, Kampf gegen Armut, Mindestsicherung, Gesundheit, Bildung, Umwelt, Versorgungssicher-

heit, wirtschaftliche Mitbestimmung, Zugänge ohne Schranken auf Grund von sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter oder Geschlecht)?

Wie halten wir es mit der kapitalistischen Wirtschafts- und Wachstumslogik in Anbetracht großer ökologischer Gefahren? Welche Rolle spielt Wachstum in einer solidarischen Gesellschaft: Wir wissen, dass wir zur nachhaltigen Senkung der Arbeitslosigkeit 2,5 bis drei Prozent Wachstum brauchen; und wir wissen auch, dass es das nicht geben wird, zumindest nicht in einem überschaubaren Zeitraum.

Wo soll die Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene stattfinden, wo auf europäischer – wie sieht unser sozialdemokratisches Europa aus? Ich halte es da auch für sehr sinnvoll, den einen oder anderen Workshop mit sozialdemokratischen Parteien anderer europäischer Länder einzuhängen.

Und ich meine, dass wir eine inhaltliche Auseinandersetzung zu wichtigen, jedoch kontroversiellen Themen wie z. B. Migration führen sollten – offensiv und ehrlich und nicht hinter vorgehaltener Hand. Auch hier geht es darum, Ängste ernst zu nehmen und nach praktikablen, mehrheitsfähigen Lösungen zu suchen.

Teil eines programmatischen Erneuerungsprozess müsste letztlich auch die Frage sein, wie wir mit jenen umgehen, die einzelne Forderungen der Sozialdemokratie klauen, ohne jedoch an einer solidarischen Gesellschaft interessiert zu sein. Wie demaskieren wir sie und wie machen wir die Unterschiede so deutlich, dass sie auch verstanden werden?

Man kann es drehen wie man will, letztlich geht's um die Zurückdrängung der Hegemonie der bürgerlichen Ideologie im ideologischen Staatsapparat. Und der Ansatzpunkt ist der Staat einerseits – mit all seinen Strukturen, aber auch die Wirtschaft, wo es an den Gewerkschaften liegt, Veränderungsprozesse in Gang zu bringen.

### KOMMUNIKATION

Wie kommunizieren wir erfolgreich und zeitgemäß abseits des nicht mehr ganz so taufrischen Kommunikationsmittels der Versammlung, außerhalb von Sitzungen und unseren eigenen Kreisen? Oder wie es eine Betriebsrätin zuletzt formulierte: Die Obergewählten sollten wieder zuhören, was »die Leute« sagen, Sorgen und Ängste ernst nehmen, sich ehrlich


überlegen, ob das, was sie als Mandatäre oder Funktionäre tun, etwas mit der Verbesserung der Lebenssituation der ArbeitnehmerInnen zu tun hat – und wenn ja, es so erklären, dass wir es verstehen. (War das jetzt herumsudern? Egal ...)

Es geht um Glaubwürdigkeit! Wir haben viele gute Ideen und Konzepte, aber passen diese für die Gesellschaft von heute? Und wenn ja, wie müssen wir sie präsentieren dass sie »ankommen«? Und wie schaffen wir den Schritt aus der Glaubwürdigkeitskrise? Das breite Diskutieren »schwieriger Themen«, Transparenz und leidenschaftliches Ringen um Positionen sind dafür zweifellos notwendig. Es ist nicht notwendig für alles sofort die perfekte Lösung parat zu haben. Aber es muss erkennbar sein, dass wir uns ehrlich darum bemühen. Es ist auch nicht notwendig, jede politische Auseinandersetzung zu gewinnen und uns überall durchzusetzen. Ohne eine SPÖ-Alleinregierung müssen wir weiterhin politische Kompromisse eingehen. Bei jedem Kompromiss muss aber sichtbar bleiben, wofür wir als Sozialdemokratie stehen.

### STRUKTUREN

Es ist wahrscheinlich sehr schwierig, eine programmatische Neuausrichtung und eine Strukturreform zur selben Zeit anzugehen. Trotzdem kommt die SPÖ meines Erachtens um ein großes Organisationsentwicklungsprojekt nicht herum. Die Strukturen unserer Bewegung sind über 100 Jahre gewachsen. Sie sind getragen vom Kommunikationsmittel der Versammlung und dem Delegationsprinzip. Sie haben ein Menschenbild als Grundlage, das sich nicht zuletzt auf Grund der historischen Erfolge der Sozialdemokratie verändert und weiter entwickelt hat. Eine politische Bewegung, die diesen Namen verdient, braucht Strukturen, um Entscheidungen zu treffen, aber auch um Beteiligung anzubieten und sicher zu stellen. Beteiligung verstehe ich als Beitrag zum Diskurs, zur Vorbereitung politischer Entscheidungen, aber auch als Mittel zur Mobilisierung. Diese Fähigkeit, Mitglieder und SympathisantInnen zu mobilisieren, um Ziele zu erreichen, auch um deutlich zu machen, wofür wir stehen und das wir eine eingeschworene Gemeinschaft sind, das muss wieder stärker in den Fokus sozialdemokratischer Arbeit und Aktionsfähigkeit gerückt werden. Dafür braucht es auch eine starke Professionalisierung im hauptberuflichen Bereich, stabile Finanzen (»Finanzkraft ist Kampfkraft«) und eine massive Intensivierung der politischen Bildung unserer FunktionärInnen.

Dieser Artikel stellt mehr Fragen als er Antworten gibt. Er ist der Versuch notwendige Ansatzpunkte aufzuzeigen. Die

Komplexität ist auf den ersten Blick bedrückend. Aber diesen Weg der Erneuerung einzuschlagen, mit allen strategischen Fragezeichen und Unsicherheiten – das ist aus meiner Sicht alternativenlos. Entscheidend wird sein, wie sehr dieses Vorhaben als Prozess verstanden und akzeptiert wird, wie sehr dieser Prozess wirklich gewollt wird und vor allem auch wie intensiv die Führung unserer Bewegung mitmacht. Das sollten wir am Beginn klären, ich hätte viel Energie für einen solchen Prozess. 

**WOLFGANG KATZIAN**

ist Abgeordneter zum Nationalrat, Vorsitzender der GPA-DJP und der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB.



DEBORAH SENGL

# DIE LETZTEN TAGE DER MENSCHHEIT

ESSL MUSEUM

[www.essl.museum](http://www.essl.museum)

Ausstellungsdauer:

31.01. – 25.05.2014

Kurator:

Günther Oberhollenzer



Deborah Sengl, *Die letzten Tage der Menschheit*, 1. Akt / 1 Szene, 2013,

© Deborah Sengl, Foto: Mischa Nawrata

Für ihre erste große Museumspräsentation hat die österreichische Künstlerin Deborah Sengl eine raumgreifende Arbeit geschaffen, die Geschichte, Literatur und zeitgenössische Kunst auf außergewöhnliche Weise miteinander verbindet. Mit rund 200 präparierten weißen Ratten inszeniert sie »Die letzten Tage der Menschheit« nach Karl Kraus in 44 Einzelszenen.

Im Jahr 2014 jährt sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal. Wohl kein anderes literarisches Werk hat die Stimmung der damaligen Zeit und die Unmenschlichkeit und Absurdität des Krieges so komprimiert und präzise eingefangen wie »Die letzten Tage der Menschheit« (1915 – 1922) von Karl Kraus. Sengl reagiert in ihrem bisher größten Werk mit unverwechselbarem Gespür auf Kraus' Text und interpretiert Szenenausschnitte und Dialoge künstlerisch neu. Im Großen Saal des Essl Museums werden 200 weiße Ratten (Tierpräparate) in unterschiedlichen Posen, teils bekleidet und mit Accessoires versehen, zu 44 Gruppen arrangiert. Begleitet von Zeichnungen und Malereien lassen sie die Protagonisten von Kraus' Werk lebendig werden. Deborah Sengl hat ein Jahr lang an diesem aufwendigen Projekt gearbeitet, das eigens für das Essl Museum entstanden ist.

Deborah Sengl hat bei Christian Ludwig Attersee studiert. Sie lebt und arbeitet in Wien. In ihren Malereien, Zeichnungen und Skulpturen überträgt sie Fragen nach der Identität und Maskerade auf das Tierreich und hinterfragt das Rollenverhalten in der menschlichen Gesellschaft. Die Arbeit für das Essl Museum ist eine konsequente Weiterentwicklung dieses Themas. Sengl gelingt dabei eine künstlerisch mutige, neuartige Sicht dieses bedeutenden Werkes, das bis heute nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat.

Die Ausstellung eröffnet das Ausstellungsprogramm des Essl Museums für das Jahr 2014, das unter dem Motto »made in austria« steht.

# Sozialdemokratische Handschrift?

**Das Regierungsprogramm** sei, so analysiert Sonja Ablinger, zweifellos kein Deregulierungsprogramm, wie es im Wahlkampf Michael Spindelegger lautstark gefordert wurde. Aber auch die sozialdemokratische Handschrift drohe angesichts von Budgetengpässen und der selbst auferlegten »regelgebundenen« Budgetpolitik unlesbar zu werden.

**N**eu regieren, nicht kuscheln, aber konstruktiv zusammenarbeiten, das ist das Motto, das sich die neue große Koalition aus SPÖ und ÖVP für die nächsten fünf Jahre bis 2018 gegeben hat. Aber schon der Start dieser Bundesregierung verlief suboptimal. Die Eingliederung der Wissenschaftsagenden in das Wirtschaftsministerium rief großen Unmut hervor. Die Zusammenlegung des Frauenministeriums mit dem großen Bildungsressort, bei gleichzeitiger Installation eines eigenen Familienministeriums, löste nicht nur bei der Autorin große Irritation aus. Zentrale SPÖ-Wahlkampfthemen wie Gesamtschule und Vermögenssteuer fanden keinen Widerhall im Regierungsabkommen. Auch das hat dazu beigetragen, dass die Angelobung der neuen Bundesregierung innerparteilich mit wenig Aufbruchstimmung verknüpft war.

Aber vielleicht sind die Erwartungen ohnehin zu hoch und große Würfe müsse es, so Minister Ostermayer in einem Interview, ohnehin nicht geben. Ist daher alles nur »Jammern auf hohem Niveau«, wie die Journalistin Barbara Coudenhove-Kalergi schrieb?<sup>1</sup> »Sparsam wirtschaften, in Beschäftigung, Kinderbetreuung, Bildung investieren«, mit dieser Überschrift präsentierte der Bundeskanzler das Programm der nächsten fünf Jahre. Darin sind einige wichtige Vorhaben fixiert und die Beteiligten haben sich ohne Zweifel engagiert, um ein für die Sozialdemokratie herzeigbares Ergebnis vorzulegen. Es sei ein Papier mit klar sozialdemokratischer Handschrift, heißt es.

Nach dem Studium des Regierungsprogramms, fällt die Bewertung der Maßnahmen sehr unterschiedlich aus. Ein paar Beispiele sollen das belegen. Der leichtere Zugang zum erhöhten Urlaubsanspruch wurde vereinbart. Neu im Ar-

beitsrecht ist auch die Entgeltfortzahlung im Krankenstand über das Ende des Dienstverhältnisses hinaus bei einvernehmlicher Auflösung. Die Konkurrenzklausele gilt hinkünftig nur noch für SpitzenverdienerInnen und auch die Rückforderungen der Weiterbildungskosten werden eingeschränkt. Eine konkrete positive Maßnahme für ArbeitnehmerInnen ist auch die Einführung der flächendeckenden betrieblichen Gesundheitsförderung.

Vage bleibt eine Verbesserung für den großen Bereich der Teilzeitbeschäftigung. So soll es ein Informationsrecht für Teilzeitbeschäftigte geben, wenn im Betrieb eine Stelle mit höherem Arbeitszeitausmaß ausgeschrieben wird. Das klingt an sich gut, diesem Recht fehlt allerdings der Anspruch auf Stundenaufstockung und auf Wechsel zwischen Voll- und Teilzeit, damit so ein Informationsrecht überhaupt Sinn macht.

Für Jugendliche sollen neue Anreizmodelle zur Teilnahme an Ausbildungsmaßnahmen geschaffen werden. Gekoppelt wird die Ausbildungsgarantie mit Ausbildungspflicht und einer Verwaltungsstrafe ähnlich der Strafe bei der Verletzung der Schulpflicht. Ob Bestrafung die richtige letzte Maßnahme ist für Jugendliche mit problembeladenen Lebensläufen, darf angezweifelt werden.

Ähnlich steht es um die Reform der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Dass die Regierung sich dazu bekennt, sie zu verbessern, ist ganz wesentlich. So sollen Unterhalt, Nichtanrechnung von Familien- und Wohnbeihilfe, Rechtsansprüche auf Sonderbedarfe reformiert und vor allem in Bezug auf die Anwendung in den Bundesländern vereinheitlicht werden. Unklar bleibt, in welche Richtung diese Vereinheitli-

1. »Jammern auf hohem Niveau«, Barbara Coudenhove-Kalergi am 1. Jänner in einer Kolumne im *Standard*

chung gehen soll. Die dringend notwendige Anhebung der Mindestsicherung fehlt zur Gänze. Offen bleibt auch, was in diesem Kapitel mit der Einführung von »Kontrollen und Sanktionen« gemeint ist.

Bei den Pensionen konzentriert sich alles auf die Erhöhung des faktischen Antrittsalters. Mit allerlei Maßnahmen soll erreicht werden, dass der tatsächliche Pensionsantritt sich dem gesetzlichen Pensionsalter annähert. Die beschämend niedrigen Mindestpensionen – gerade bei Frauen – werden nicht erhöht. Länger arbeiten an sich führt nämlich noch nicht zur wesentlich höheren Alterssicherung. Dafür müssten jene Maßnahmen der blau-schwarzen Regierung, die zu einer sukzessiven strukturellen Pensionsenkung führten, in den Fokus genommen werden. Darüber herrscht aber Stillschweigen. Das Kapitel zum Ausbau der eigenständigen Alterssicherung von Frauen erschöpft sich in der Frage der Verlagerung von Kindererziehungszeiten, Informationskampagnen über Pensionssplitting und der kostenneutralen Überarbeitung der Hinterbliebenenversorgung.

Politisch gefährlich klingt die Schaffung einer demokratisch nicht legitimierten Schlichtungskommission. Diese Kommission wird ermächtigt, verbindliche Vorschläge zu machen, wenn durch die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zur Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalter führen. Entscheidungen über die Zukunft des Pensionssystems in eine Schlichtungskommission auszulagern, deren Vorsitzende der Präsident des Fiskalrates (vormals Staatsschuldenausschuss) ist, muss demokratiepolitisch als schlechter Scherz interpretiert werden.

## NUR INDIREKT ERWÄHNT

Das Thema der Arbeitslosigkeit benennt die Koalition in ihrem Arbeitspapier nur indirekt. Die Rekordarbeitslosigkeit in Österreich findet als solche im Regierungsprogramm keine Erwähnung und so auch nicht die Frage der Existenzsicherung für Arbeitslose. Also bleibt das Arbeitslosengeld weiterhin viel zu niedrig und weil das (oft niedrige) Einkommen des Lebensgefährten oder Ehepartners bei der Notstandshilfe weiterhin dazugerechnet wird, erhalten zehntausende Frauen diese Leistung für ihre finanzielle Eigenständigkeit nicht.

Angekündigt wird die Absicherung der Gewaltschutzzentren und Notwohnungen, der Frauen- und Mädchenberatungsstellen sowie der Frauengesundheitszentren. Sie sollen in allen Bundesländern ausgebaut werden.

Ein zusätzliches kostenfreies Kindergartenjahr hat ebenfalls Eingang gefunden in das Koalitionspapier. Die Zahnregulierung als Kassenleistung und die Abschaffung des Spitalkostenbeitrags für Kinder sind konkrete Pluspunkte im Regierungsübereinkommen.

Allerdings: »Sämtliche im Regierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen – sofern sie zu Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen führen bzw. in den Ausgabenobergrenzen des Bundesfinanzrahmens keine Deckung finden – stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Das bedeutet, dass eine Umsetzung solcher Vorhaben nur dann erfolgen kann, wenn eine Bedeckung im Rahmen der dem jeweiligen Ressort zur Verfügung stehenden Budgets bzw. durch BHG-konforme Umschichtungen gegeben ist.«

Diese Zeilen aus dem Regierungsprogramm bedeuten, dass alle Vorhaben der Bundesregierung nur umgesetzt werden können, wenn sie mit dem Ziel des ausgeglichenen Budgets ab 2016 vereinbar sind. Das Erreichen des Nulldefizits ist für die Koalition unabdingbar. Dem wird alles untergeordnet. Auch wenn viele Ziele wenig ambitioniert formuliert und progressive Projekte bzw. Vorhaben in neuen Themenfelder wie der Netzpolitik im Arbeitsprogramm völlig fehlen, das Koalitionsübereinkommen ist sicher kein Wohlfahrtsstaatkürzungsprogramm und kein neoliberales Deregulierungsprojekt. Aber, und das ist entscheidend: Die SPÖ setzt gemeinsam mit der ÖVP in den nächsten fünf Jahren vor allem auf Haushaltskonsolidierung und damit auch auf Ausgabenkürzung. Im Zentrum steht eine Politik, die auf Budgetziele während einer Wirtschaftskrise fokussiert, die öffentliche Ausgabensteigerungen nur mit Einsparungen finanziert und die das Signal der Lohnzurückhaltung bei den Staatsbediensteten aussendet.

Der Verzicht auf Vermögenssteuern ist darum nicht nur aus politstrategischen Gründen problematisch. Denn gemeinsam mit den unverändert niedrigen Gewinnsteuern und den nur bescheidenen Korrekturen bei der Gruppenbesteuerung verschließt die öffentliche Hand eine notwendige Einnahmequelle. Sie muss damit den Sozialstaat fast ausschließlich aus Beiträgen der unselbstständig Beschäftigten bzw. aus indirekten Massensteuern finanzieren. Die Vermögenden werden weiterhin einen deutlich zu geringen Beitrag für soziale Gerechtigkeit leisten.

Neben hoher Arbeitslosigkeit, dem hohen Niveau prekärer Beschäftigung, zunehmender Kinderarmut wächst mit

Krisenausbruch, auch eine neue Dimension der Armutsbedrohung: immer mehr Menschen sind mehrfach armutsgefährdet. Es steigt die Zahl jener Menschen, die von mehreren sozialen Armutsproblemen betroffen sind. In vielen Bereichen brauchen wir dringend mehr Ressourcen, mehr Beschäftigte, bessere Löhne und höhere Budgets um den Anforderungen eines Wohlfahrtsstaates gerecht zu werden.

»Wohlstand erhalten, sozialen Ausgleich sichern, in Wachstum investieren und stabile Finanzen« – kündigt auch die SPÖ für die nächsten fünf Jahre an. Diesen Vorhaben stehen allerdings ziemliche Hürden im Weg. Die Schuldenbremse, der Fiskalpakt, mithin die regelgebundene Wirtschaftspolitik, der sich die Bundesregierung vor wenigen Jahren in großer Hektik und falsch verstandener Reaktion auf die Wallungen der Finanzmärkte verschrieben hat, verhindern antizyklisches Investieren im notwendig großem Umfang und erzwingen staatliche Ausgabenreduktion im Abschwung. Einnahmen von nennenswerter Größe, wie dies die Vermögenssteuern oder erhöhte Gewinnsteuern hätten sein können, wurden als Maßnahmen, wie erwähnt, ausgeschlossen. Damit wird aber auch die Grundlage brüchig, auf deren Ebene alte und neue Aufgaben der Bildungspolitik, der Netzpolitik, der Sozialpolitik, der Kulturpolitik oder der Geschlechterpolitik bewältigt werden können.

Das sozialdemokratische Regierungsteam will den Wohlfahrtsstaat erhalten, soziale Gerechtigkeit garantieren und Vollbeschäftigung erreichen. Sie hat sich aber schrittweise der wirtschaftspolitischen Instrumente entledigt, um diese Ziele glaubhaft erreichen zu können. Sozialdemokratische Politik braucht den Raster sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik – ohne ihn wird die »sozialdemokratische Handschrift« unlesbar.



**SONJA ABLINGER**

ist Frauenvorsitzende SPÖ Oberösterreich.

DEBORAH SENGL

# DIE LETZTEN TAGE DER MENSCHHEIT

ESSL MUSEUM



AKT 13 - DIE LETZTEN TAGE DER MENSCHHEIT (IMMER 100% WEISS)  
II. AKT / 13. SZENE - IRGENDWO AN DER ADRIA / IM HANGAR EINER WASSERFLIEGERABTEILUNG  
1 JOURNALISTIN, 1 FREGATTENLEUTNANT

DEBORAH SENGL, 2013

Deborah Sengl II. Akt / 13. Szene: irgendwo an der Adria / im Hangar einer Wasserfliegerabteilung.  
1 Journalistin, 1 Fregattenleutnant. 2013

Mischtechnik auf Papier 42 x 60 cm Fotonachweis: Deborah Sengl, 2013 © Deborah Sengl, 2013

# Kein Interesse.

**Außenpolitik hat im** österreichischen Koalitionsvertrag 2013 zwar ein Kapitel erhalten, nach Caspar Einems Einschätzung fehlt aber jede Einschätzung der Interessen, die sie eigentlich verfolgen sollte.

Im Koalitionsvertrag vom 12. Dezember 2013 findet sich unter 05 das Kapitel »Österreich in Europa und der Welt«. Es ist unter den folgenden Überschriften in vier Unterabschnitte gegliedert: Für Europa eintreten; Wachstum und Beschäftigung in Europa; Österreichs Verantwortung in der Welt wahrnehmen; Internationale Solidarität stärken.

## PRIMÄR NEGATIVINTERESSEN

Das vorliegende außen- und europapolitische Programm, lässt nahezu gar keine Eigeninteressen Österreichs erkennen, wenn man von einzelnen sogenannten Negativinteressen absieht:

– Im Kontext der »*Stärkung der Funktionsweise und der demokratischen Legitimität der EU*« heißt es u. a. *Sicherstellung der österreichischen Budgethoheit*. Soweit man sehen kann ist diese Frage innerhalb der EU weit und breit nicht auf der Tagesordnung. Dieses Programmpunkt verdankt sich wohl eher der EU-Skepsis der Verhandler bzw. bedient sie.

– Ein paar Zeilen weiter heißt es, dass *in sensiblen Bereichen das Einstimmigkeitsprinzip weiter gelten soll*, allerdings ohne anzugeben, welche Bereiche dabei gemeint sein könnten. Seltsam mutet dabei an, dass diese Forderung im zweiten Satzteil eines Satzes enthalten ist, der mit »*Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU*« beginnt. Es ist das Einstimmigkeitsprinzip, das die Handlungsfähigkeit der EU drastisch beschränkt und der Klarheit und Transparenz der Entscheidungen entgegensteht. Denn das Einstimmigkeitserfordernis führt, soll es dennoch zu Entscheidungen kommen, zu den merkwürdigsten Kompromissen. Die Folge ist, dass die Texte kaum zu lesen und vielfach auch nicht zu verstehen sind.

– Unter »*Europa bürgernäher gestalten*« findet die Idee eines *österreichischen Aktionsplans zur Verbesserung der Anwendung der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit auf EU-Ebene*

– der traditionelle Kampf derer, die weniger EU und mehr nationale oder regionale Kompetenzen haben wollen.

Dies ist umso auffälliger, als eigene österreichische Initiativen auf Ebene der EU kaum vorgesehen sind. Unter derselben Überschrift findet sich übrigens auch, dass sich die Bundesregierung *für Transparenz der europäischen Rechtssetzung* einsetzt – im klaren Widerspruch zur Praxis der Ratsgesetzgebung, insbesondere unter Einstimmigkeitsbedingungen.

– Unter »*Erweiterungspolitik mit klaren Kriterien*« dann die Festlegung, dass im Falle eines positiven Verhandlungsergebnisses bei den Beitrittsverhandlungen zwischen Türkei und EU die *österreichischen BürgerInnen (...) in einer Volksabstimmung das letzte Wort* haben sollen. Kann sich eigentlich diese Koalition auch Volksabstimmungen für etwas vorstellen?

## KOMMENDE TATEN

In der Hauptsache sieht das außenpolitische Programm vor, dass Neues geprüft oder ausgearbeitet werden soll, es scheint, dass dabei Österreich keine strategischen Interessen hat.

– *Erarbeitung der österreichischen Position für einen allfälligen europäischen Konvent zur Zukunft Europas*. Der Fairness halber sei angemerkt, dass sich Österreich (...) *im Rahmen der Debatte über die Zukunft der EU für einen europäischen Konvent* ausspricht.

– *Ausarbeitung eines österreichischen Aktionsplanes zur Verbesserung der Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit auf EU-Ebene*

– *Prüfung der Errichtung eines Europafonds zur Unterstützung von Bürgerprojekten zur EU*. Wenigstens das hätte doch vereinbart werden können, statt es bloß prüfen zu wollen.

– *Angestrebt soll werden der Ausbau der Initiative »EU-Gemeinderäte«*

– *Entwicklung einer kohärenten Cyber-Außenpolitik im BMeiA unter Einbeziehung ...*

## DIE BUNDESREGIERUNG WIRD UNTERSTÜTZEN, SICH EINSETZEN, WEITERENTWICKELN

- Weiterentwickeln: *die Wirtschafts- und Währungsunion*. Unklar bleibt bei vielen Formulierungen, ob es sich um eine Anordnung für das Handeln der EU oder der Bundesregierung handelt. Die wörtliche Formulierung lautet »Weiterentwicklung der...«
- Verbessern: *die Funktionsweise der Eurozone*. Hier gilt die vorige Anmerkung ebenso.
- Sich einsetzen: *für Transparenz in der europäischen Rechtssetzung*
- Unterstützen: *Bemühungen, den Grundrechtsschutz auf das höchstmögliche Niveau zu bringen*
- Unterstützen: *Bemühungen zur Durchsetzung der Gleichrangigkeit von sozialen Grundrechten (...) gegenüber den Marktfreiheiten des Binnenmarktes*
- Einfordern: *umfassende Folgenabschätzung im Vorfeld der EU-Gesetzgebung*
- Fördern: *EU-Kommunikationsoffensiven, für eine sachlich differenzierte und kritikoffene Diskussionskultur zu vielfältigen Themen der europäischen Integration*. Zielgruppen sind dabei »Schulen, Betriebe, Gemeinden und Grenzregionen«. Fördern heißt wohl Geld einsetzen, falls die Prüfung der Errichtung eines Europafonds positiv ausgeht und der Finanzminister dafür Geld hat. Aber die Bundesregierung hat offenbar sonst dabei keine Aufgabe oder Rolle.
- – Unterstützen: *das Ziel der EU-Erweiterung um weitere Nachbarn am Balkan...*
- Fortsetzen: *die Unterstützungspolitik für die einzelnen Westbalkanstaaten*
- Sich einsetzen: *für Sonderregelungen, die im österreichischen Interesse liegen (etwa Übergangsbestimmungen für den Arbeitsmarktzugang)*
- Sich einsetzen: *für eine maßgeschneiderte Partnerschaft zwischen der EU und der Türkei*. Hier trägt Österreich offenbar die gemeinsame Linie der EU nicht mit, die immer noch auf Beitritt nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen und unter der Bedingung der Aufnahmefähigkeit der EU gerichtet ist.
- Sich einsetzen: *für Erreichung der »Europa 2020«-Ziele*
- Priorität geben: *für die Umsetzung der Jugendgarantie in der EU*
- Verbreiten: *das erfolgreiche österreichische duale Ausbildungssystem*. An Österreich soll die EU gesunden!
- Erleichtern: *den Zugang von KMU zu EU-Fördermitteln*
- Unterstützen: *Vorschläge auf EU-Ebene zur Ermöglichung von Investitionen in Zukunftsbereiche*
- Unterstützen: *österreichische Akteure in Twinning-Prozessen*
- Unterstützen: *die schrittweise Schaffung einer Bankenunion*
- Sich einsetzen: *für die rasche Einführung einer Finanztransaktionssteuer*
- Unterstützen: *des Aktionsplanes zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung*
- Vorantreiben: *wachstums- und beschäftigungsfreundliche Konsolidierung sowie nachhaltige Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Binnennachfrage*
- Weiterentwicklung: *des Binnenmarktes(...) mit dem Ziel, die Rechte der ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen ebenso wie die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken sowie unfairen Steuerwettbewerb zu vermeiden*. Immerhin ein paar hehre Ziele.
- Eintreten: *für den Schutz der Daseinsvorsorge*
- Unterstützen: *das 20 %-Industrialisierungsziel bis 2020*
- Sich einsetzen: *für ein europäisches Verwaltungsvollstreckungsabkommen*
- Fördern: *europaweite soziale Mindeststandards*
- Einfordern: *wirksame europäische Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping*
- Bekennen: *zu einem multifunktionalen Landwirtschaftssektor*
- Stärken: *den sozialen Dialog durch Einbindung der Sozialpartner auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene...* Hier wird zwar ein schönes Ziel formuliert. Offenbar wussten die Autoren aber nicht wirklich über die Realität in den allermeisten Mitgliedstaaten der EU bescheid. Wie soll denn die Einbindung der Gewerkschaften in Ländern erfolgen, in denen politische Richtungsgewerkschaften mit einander im Wettbewerb stehen. Und wie soll Sozialpartnerschaft funktionieren, wenn etwa Gewerkschaften erst zum Streik aufrufen müssen, bevor die Arbeitgeberseite überhaupt zu Gesprächen bereit ist – wie in Frankreich.
- Sich einsetzen: *für eine Friedenslösung im Nahen Osten...*
- Sich einsetzen: *für eine strategische Partnerschaft, insbesondere mit den aufstrebenden Staaten wie Brasilien, China, Indien, Russland und Südafrika*. Die Forderung lautet, dass sich Österreich in der EU für diese Partnerschaften einsetzen soll. Aber wie wäre es, wenn sich Österreich bilateral auch für strategische Partnerschaften mit einigen Ländern einsetzen würde, die von ihrer Größe Österreich gut entsprechen und auch von hohem wirtschaftlichem Interesse sind?
- Verfolgen: *den Dialog der Kulturen und Religionen*. Wollte Österreich hier nicht einmal initiativ sein? Verfolgen ist wie zusehen aus der ersten Reihe fußfrei.
- Unterstützen: *Maßnahmen auf globaler Ebene, die eine gerechtere und stabilere Finanzordnung erreichen wollen*
- Unterstützen: *atomwaffenfreie Zonen im Nahen und Middle-*

ren Osten und auch in Europa. War den Verhandlern dieses Kapitels bewusst, was »atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten« heißt? Ist der Konflikt mit Israel beabsichtigt?

- Sich einsetzen: *für verstärkte Einbindung von Frauen in internationale Friedensbemühungen*
- Unterstützen: *diplomatische Initiativen zur weltweiten Stärkung von Datenschutz* – die österreichische Version des Protests gegen das Vorgehen der NSA.
- Entwickeln: *eines Stufenplanes auf gesetzlicher Ebene zur Erhöhung der EZA-Mittel bis zur Erreichung des 0,7%-Zieles*. Offenbar nicht ganz ernst gemeint, daher ohne Zeitangabe!

### DIE BUNDESREGIERUNG STELLT FEST

- *»dem Ausschuss der Regionen kommt als Drehscheibe für Länder, Städte und Gemeinden weiterhin eine besondere Rolle zu«*
- *»die »östliche Partnerschaft« und der Schwarzmeerraum sind eine wichtige außenpolitische Dimension für Österreich...«* Anders als bisher geht es Österreich in dieser Region nicht mehr um Öl und vor allem Gas, sondern darum, diesen Staaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu bringen. *»Weitere Schritte können nur erfolgen, wenn der Reformwille ausreichend erkennbar ist...«*

### AN ÖSTERREICH SOLLEN SIE GESUNDEN

- *Vorreiterfunktion (Österreichs) bei europäischen Initiativen für mehr in bessere Arbeitsplätze fortsetzen*
- *Verbreiten des erfolgreichen österreichischen dualen Ausbildungssystems als Musterbeispiel unter Einbeziehung der Sozialpartner*. In den Ländern, die allenfalls auf so ein Vorbild angewiesen sein könnten, fehlt vielfach sowohl eine entsprechende Betriebsstruktur als auch Ansätze zu etwas, das der österreichischen Spielart der Sozialpartnerschaft auch nur im Entferntesten entspricht.
- *Nutzung des Potentials des Standortes Österreich als Ort des internationalen Dialogs...*
- *Nutzung der österreichischen Vorsitze in internationalen Foren (...) um das österreichische Profil zu schärfen...*

### ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Nach der aufmerksamen Lektüre des außen- und europapolitischen Programms der neuen Bundesregierung bekommt man nicht den Eindruck eines aktiven Gestalters innerhalb der Europäischen Union, der seine nationalen Interessen im internationalen Raum verfolgt, sondern den Eindruck eines Domestiken, der seine Herrschaften bestmöglich unterstützen will. Das geht vielleicht über das hinaus, was wir zuletzt von Österreichs

Außenpolitik gesehen oder erlebt haben, bleibt aber insgesamt mehr als bescheiden. Es bleibt daher zu hoffen, dass der neue Außenminister dieses Programm nicht als den Zaun interpretiert, innerhalb dessen er aus Koalitionsrason bleiben muss. Denn das würde weder Österreichs Interessen, die im außenpolitischen Teil des Regierungsprogramms weitgehend ausgespart bleiben, noch Österreichs Ansehen in der EU und in der Welt dienen.

Schon am 19. November, also deutlich vor Abschluss der Koalitionsverhandlungen in Österreich, war der Text der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und SPD der Arbeitsgruppe Auswärtiges, Verteidigung, Entwicklungspolitik und Menschenrechte verfügbar. Auf 23 eng beschriebenen Seiten oder auf 1014 Zeilen zeigt sich da ein selbstbewusstes Land mit klaren europa- und außenpolitischen Interessen und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Ich zähle nicht zu denen, die wünschen, Österreich möge sich in allem und jedem an Deutschland orientieren. Aber ein Blick in dieses Koalitionsprogramm hätte vielleicht dazu beitragen können, etwas mehr Substanz zu formulieren.

So gesehen bleibt die Sorge, dass Österreich zwar eine große außenpolitische Vergangenheit, aber kein aktuelles Interesse mehr an Außenpolitik hat und die Europäische Union auch weiterhin voller Ambivalenz behandeln wird. So wird niemand für das Einigungsprojekt gewonnen werden können. Schade eigentlich.

P.S.: Ja, es ist an manchen Stellen erkennbar, dass sozialdemokratische und gewerkschaftliche Ideen eingeflossen sind. Vom Internationalismus vergangener Jahre ist allerdings nichts zu spüren. 🍀

**CASPAR EINEM**

war bis Oktober 2007 Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses im Nationalrat und außen- und europapolitischer Sprecher der SPÖ.



DEBORAH SENGL

DIE LETZTEN TAGE  
DER MENSCHHEIT

ESSL MUSEUM



Deborah Sengl I. Akt / 7. Szene: Bei der Batterie. 1 Artillerieoffizier, 1 Feldkurat, 1 Journalistin. 2013

Rattenpräparate und Requisiten auf Holzpodesten Höhenmaße der Szene: variabel, Fotonachweis: Mischa Nawrata, 2013 © Deborah Sengl, 2013

# Das sozialdemokratische Jahrhundert hat noch gar nicht begonnen

Die **österreichische Sozialdemokratie** feiert in diesem Jahr ihr 125-jähriges Bestehen. In seiner nachfolgend abgedruckten Rede bei der Festveranstaltung SPÖ in Hainburg sieht Hannes Swoboda die historische Rolle der Sozialdemokratie noch lange nicht beendet.

**V**or 125 Jahren kamen Delegierte aus Wien und den Kronländern nach Hainfeld, um hier die österreichische Sozialdemokratie zu gründen. Selbstverständlich stand die soziale Frage im Vordergrund, man kämpfte für eine Verbesserung der sozialen Lage der Menschen, ohne Unterschied der »Rasse«, der Nation und des Geschlechts. Diese beiden Aufträge an die Sozialdemokratie, die Lösung der sozialen Frage und eine Politik ohne Unterschied der Nation, der »Rasse« und des Geschlechts zu verfolgen, sind heute nach wie vor aktuell.

## DIE SOZIALE FRAGE BLEIBT DIE KERNFRAGE

Viel hat die Sozialdemokratie europaweit und gerade auch in Österreich erreicht. Die soziale Frage ist heute nicht mehr, was sie vor 125 Jahren war. Aber wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben. Gerade in den letzten Jahren hat in Europa die Armut wieder zugenommen, jedenfalls die Armutgefährdung. Wir finden heute in manchen Ländern und in manchen Gemeinschaften, zum Beispiel bei den Roma, eine ungeheure, kaum vorstellbare Armut. Es ist die Aufgabe aller progressiven Kräfte dagegen anzukämpfen.

Die Ungleichheit ist in vielen Ländern größer geworden. Das gilt nicht nur für die Einkommen, sondern vor allem auch für die Vermögen. Darum ist besonders bedauerlich, dass sich die Rechten in ganz Europa, und so auch in Österreich, so vehement dagegen wehren, dass auch die Vermögenden einen gerechten Beitrag zur Finanzierung der Aufgaben für die Allgemeinheit leisten. Die Finanztransaktionssteuer, die gerade auch von der österreichischen sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften gefordert wird, wäre nur ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit. Ungeheure Summen werden

jährlich an Steuern hinterzogen und in verschiedene Steuerparadiese verschoben. Rund 1.000 Milliarden Euro verlieren allein die europäischen Volkswirtschaften pro Jahr durch Steuerhinterziehung.

Sicher, dank der Sozialdemokratie spielt der Staat heute eine größere, ausgleichende Rolle. Die österreichische Sozialdemokratie kann stolz auf ihre Erfolge diesbezüglich sein. Dennoch wächst die Kluft zwischen Arm und Reich und unsere Aufgabe muss sein, dem entgegenzuwirken. Einen wichtigen Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit leisten auch die Gewerkschaften. Es wäre wünschenswert, wenn auf europäischer Ebene die Gewerkschaften genauso stark wären wie in Österreich. Das ist eines unserer Ziele, die wir in der EU erreichen wollen. Jedoch müssen wir wachsam sein, denn die neoliberalen Strömungen wollen die Rolle des Staates wieder abschwächen. Dabei sollte der Markt und die Freiheit, wie wir Sozialdemokraten sie definieren, wieder dominieren: In Österreich, in Europa und weltweit.

## GEMEINWIRTSCHAFT ALS NOTWENDIGES PENDANT ZUR PRIVATWIRTSCHAFT

Die aggressiven Befürworter der Privatisierung wollen Gesundheit und Bildung vermehrt dem staatlichen Einflussbereich entziehen. Aber wir wissen ja, je mehr ein Gesundheitssystem privat organisiert ist, desto teurer ist es und umso schlechter ist die Versorgung für die Bevölkerung. Die USA waren dafür ein gutes Beispiel. Obama hat den Versuch einer Gesundheitsreform gestartet, dieser wurde jedoch von Lobbyisten der Versicherungsindustrie so sehr verunstaltet, dass kaum etwas übrig geblieben ist. Deshalb kämpft die europäische Sozialdemokratie gemeinsam mit der österreichischen

für einen funktionierenden und gut ausgestatteten öffentlichen Sektor, also für die Gemeinwirtschaft. Hier gilt es, Liberalisierungstendenzen entgegenzutreten.

Bildung und Erziehung bleiben ebenso eine wichtige öffentliche Auf- und Ausgabe. Gerade jüngste Studien haben gezeigt, dass Bildung ein wesentlicher Faktor der individuellen Emanzipation ist. Darum dürfen wir auch nicht locker lassen, Bildung als wesentlichen Faktor für mehr Gerechtigkeit zu sehen.

### GEGEN DISKRIMINIERUNG UND NATIONALISMUS

Das Hainfelder Programm macht aber auch klar, dass gute Lebensbedingungen ohne Ansehen der Nation, der »Rasse« und des Geschlechts zu erzielen sein müssen. In der Tat hat gerade die österreichische Sozialdemokratie durch ihre Männer und Frauen an führender Stellung eine auch international anerkannte Politik betrieben: Sie war die entscheidende Kraft für die Gleichstellung von Mann und Frau und sie hat immer wieder den Nationalismus bekämpft. Schon Karl Renner und Otto Bauer haben sich mit der Nationalitätenfrage intensiv auseinander gesetzt.

So war es Karl Renner, der sich in den ersten Jahren des Ersten Weltkriegs stark für die Umwandlung der Monarchie in einen »Internationalen Bund autonomer Nationen« einsetzte. Denn er meinte, dass dies »in einer Zeit, wo sichtbarlich die Wirtschaft und die Kultur der Welt über den Nationalstaat hinauswächst« notwendig sei. An anderer Stelle meinte Renner: »Die Träumereien souveräner Sonderstaatlichkeit, die schönen Jugendträume eines jeden Volkes sind in einem Zeitalter, das in Weltteilen denkt nicht mehr am Platze und nicht mehr verzeihlich ... Nichts ist schlimmer als die Mystik in der Epoche der Röntgenstrahlen und Marconis Telegraphie.« Heute sind wir natürlich viel weiter, technologisch und wirtschaftlich. Und dennoch hat sich ein neuer Nationalismus herausgebildet, der auf die alte Mystik zurückgreift. Karl Renners Worte von vor fast hundert Jahren haben auch heute noch Gültigkeit wenn er meinte: »Das große Missverständnis, das der Nationalismus auf sein Schuldkonto zu buchen hat, ist die Überhitzung der nationalen Rivalitäten zur unversöhnlichen Feindschaft, die Übertreibung seines relativen Rechts zum Unrecht und die Projektion dieser inneren Rivalität in die Auswärtige Politik.«

Die Mahnung von Karl Renner, der natürlich auch selbst Fehler begangen hat, sollten uns Warnung aus Auftrag zu-

gleich sein. Es ist, glaube ich, kein Zufall, dass viele Parteivorsitzende dem Beispiel Renners gefolgt sind und sich ebenfalls mit europäischen und internationalen Problemen auseinandergesetzt haben. Nur einige von ihnen möchte ich in diesem Zusammenhang nennen: So hat sich Bruno Pittermann, nicht zuletzt als Präsident der Sozialistischen Internationale, für die Opfer der Diktaturen eingesetzt: von Chile bis Griechenland. Bruno Kreisky hat sich mit Willy Brandt und Olaf Palme unermüdlich für eine progressive internationale Politik engagiert und sich vor allem für einen Frieden im Nahen Osten stark gemacht. Franz Vranitzky hat sich für die EU als Beschäftigungsunion eingesetzt und Werner Faymann hat sich vor allem dem Thema der Jugendbeschäftigung auf europäischer Ebene gewidmet. Für alle von ihnen war die soziale Frage immer auch mit einem übernationalen Engagement verbunden.

### EIN SOZIALES EUROPA FÜR ALLE

Die soziale Frage, auch das lehrt uns das Hainfelder Programm, darf sich nicht nur auf eine nationale Bevölkerungsgruppe beziehen. Die Rechten, besonders die Rechtsextremen, wollen von der wirklichen sozialen Frage ablenken und stellen die nationale Frage – in einem nationalistischen Sinn – in den Mittelpunkt. Für sie geht es nicht um Arm und Reich, Schwach und Stark, sondern um Inländer gegen Ausländer, Einheimische gegen MigrantInnen, Christen gegen Andersgläubige. Sie wollen die Gesellschaft nicht zusammenbringen, sondern in Gute und Schlechte spalten. Mit aller Vehemenz müssen wir uns gegen diese Politik von gestern wehren.

Für uns ist das 125 Jahre alte Programm vielfach ein Programm fürs morgen, für ein Europa der sozialen Gerechtigkeit und der Überwindung des Nationalismus. 100 Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs darf für den Nationalismus kein Platz mehr sein, jedenfalls nicht in der Sozialdemokratie.

### GEDENKEN ALS ANLASS FÜRS NACHDENKEN ÜBER DIE ZUKUNFT

Die österreichische Sozialdemokratie hat seit der Gründung vor 125 Jahren großes geleistet. Die Erfolge überschatten eindeutig manche Fehler und Misserfolge. Aber kein Erfolg währt ewig und ist garantiert. Kernschichten und die Zahl der Stammwähler werden kleiner. Wir dürfen mit der schrumpfenden Zustimmung bei Wahlen nicht zufrieden sein. Neue soziale Fragen entstehen, gerade auch mit den Wanderungsbewegungen. Die Sozialdemokratie – ob auf nationaler oder europäischer Ebene – muss versuchen, alle progressiven Kräfte zu binden und zu bündeln. Wir müssen offen sein für neue

Ideen und neue Bündnisse. Aber wir tun zu wenig, um – wie Kreisky es sagte – Menschen einzuladen, ein Stück des Weges mit uns zu gehen. Wenn die SPÖ daran geht, sich ein neues, modernes und grundsatzorientiertes Parteiprogramm zu geben, dann wäre das die beste Gelegenheit, den Gründungsvätern und Gründungsmüttern unsere Dankbarkeit zu erweisen. Diese Diskussion muss offen, mutig und transparent erfolgen. Unorthodoxe Ideen und kontroverse Persönlichkeiten müssen in den Debatten und in der Partei ihren Platz finden.

Wir müssen uns ein wenig am Mut und den Visionen derjenigen, die vor 125 Jahren und in schwierigsten Zeiten die SPÖ gegründet, verteidigt oder wieder gegründet haben, ein Beispiel nehmen. Denn europaweit und global gesehen, hat das sozialdemokratische Jahrhundert noch gar nicht begonnen.



**HANNES SWOBODA**

ist Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion  
»Progressive Allianz sozialistischer und demokratischer  
Parteien« im Europäischen Parlament.

DEBORAH SENGL

DIE LETZTEN TAGE  
DER MENSCHHEIT

ESSL MUSEUM



Deborah Sengl IV. Akt / 7. Szene: Isonzofront, bei einem Brigadekommando. 1 Journalistin, 2 Offiziere,  
3 tote Soldaten. 2013 Rattenpräparate und Requisiten auf Holzpodesten Höhenmaße der Szene: variabel  
Fotonachweis: Mischa Nawrata, 2013 © Deborah Sengl, 2013

# Der Hainfelder Parteitag und sein Programm

Michael Rosecker über Visionen und ihre Kompromisse, Widersprüche und ihre Synthesen.

**W**er Gedenktage ernst nimmt und der Meinung ist, sie wären dazu da, innezuhalten, zurückzuschauen, um in der Vergangenheit Erkenntnisse für die Zukunft gewinnen zu können, die/der solle dies auch zum 125. Jubiläum des Hainfelder Einigungsparteitages tun. Obwohl dieser Blick zurück zunächst als ein Schauen in eine versunkene Welt erscheinen mag, lohnt er doch, da er einige Einblicke in die Entstehung sozialer politischer Bewegungen im Allgemeinen und der österreichischen Sozialdemokratie im Speziellen zulässt, die zumindest motivierende Inspirationen für die Gegenwart und eine herausfordernde Zukunft sein können.

## VERZÖGERTE INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG

Zunächst müssen die sozio-ökonomischen Gegebenheiten der Habsburgermonarchie berücksichtigt werden, um den Ablauf des Einigungsparteitages und dessen Programm einordnen zu können. Für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Österreich war entscheidend, dass die industrielle Entwicklung des Landes verzögert und insulär erfolgte. Der Industrialisierungsprozess verlief zwar graduell, aber da ein »great spurt« ausblieb, konnten gewisse Rückständigkeits bis zum Ersten Weltkrieg nicht aufgeholt werden.<sup>1</sup> Auch starke regionale wirtschaftliche und soziale Ungleichgewichte blieben bis 1914 bestehen. So setzte die Entwicklung der ArbeiterInnenbewegung, alleine im Vergleich zu den deutschen Ländern, verspätet ein.

Diese »sozioökonomische« regionale Zersplitterung der ArbeiterInnenbewegung fand ihre Entsprechung und Förderung in einer rechtlich bedingten Zersplitterung. Die legalen organisatorischen Ursprünge lagen im liberalen Vereinsgesetz 1867. Dieses erleichterte zwar Vereinsgründungen, aber alle Formen überregionaler Kommunikation und Kooperation

waren für deklarierte »politische Vereine« verboten. Ihnen war »untersagt, Zweigvereine (Filialen) zu gründen, Verbände unter sich zu bilden, oder sonst mit anderen Vereinen, sei es durch schriftlichen Verkehr, sei es durch Abgeordnete, in Verbindung zu treten«<sup>2</sup>.

Diese organisatorische Zersplitterung förderte ideologische Flügelkämpfe, lokale Selbstbezüglichkeiten der Arbeitervereine und persönliche Konflikte »großer Männer« in unzähligen für sie »zu kleinen« lokalen Vereinen.<sup>3</sup> Die ab dem Börsenkrach 1873 einsetzende Wirtschaftskrise und die stetig wachsende behördliche Verfolgung führten dazu, dass der erste Parteigründungsversuch in Neudörfel 1874 letztendlich scheiterte und die Arbeitervereinsnetzwerke schrittweise zerfielen bzw. behördlich verboten wurden. Die ideologischen Flügelkämpfe wuchsen sich zu einem überregionalen verheerenden Richtungsstreit zwischen den so genannten Gemäßigten und Radikalen aus und führten zu einer weiteren Verzögerung der Etablierung einer überregional organisierten ArbeiterInnenpartei.

In dieser Situation ist es wenig verwunderlich, dass jener Person, der die Einigung der verschiedenen lokalen Arbeitervereine über persönliche Befindlichkeiten und ideologische und nationale Grenzen hinweg, gelang, und dem Ort, wo dies erfolgte, beinahe religiös überhöhte Verehrung zu Teil wurde: Zum einen dem großen Victor Adler, der von Peter Altenberg als »vom Bleigewichte seines Ichs« befreite »tönend gewordene Menschheitsseele« bezeichnet wurde. Zum anderen dem Ort Hainfeld, den Karl Renner noch 1945 pathetisch das »Bethlehem des österreichischen Sozialismus« nannte.

Der Mythos Victor Adler begründet sich zunächst im selbstaufopfernden Bemühen des »zärtlicher Besorgten« um

die Linderung des Elends der ArbeiterInnenschaft und im nicht minder aufreibenden Wirken um die Schaffung einer »demokratischen Massenpartei neuen Stils«<sup>4</sup>. Ebenso seine schillernde Persönlichkeit begründete den Mythos: Er war ein jüdisch-assimilierter Bürgerlicher, deutschnationaler Demokrat, freisinniger Intellektueller, großer Nietzsche- und Wagnerverehrer<sup>5</sup>, theorieskeptischer Praktiker, aufopfernder Armenarzt, Aufklärer und Rationalist und ein begabter Rhetoriker.

Dem Ort Hainfeld gereichten seine Abgeschiedenheit und die bekannte Liberalität des Bezirkshauptmannes von Lilienfeld, Leopold Graf von Auersperg, zum Mythos. Nicht zu unterschätzen ist auch die Entscheidung des Hainfelder Gastwirts Zehetner, den Parteitag doch in seinem Gasthaus stattfinden zu lassen, da er den Drohungen seiner vielen proletarischen Stammgäste, ihn nie mehr aufzusuchen, mehr Glauben schenkte, als den Strafdrohungen der niederösterreichischen Behörden.<sup>6</sup>

Als Vorbereitung der Einigung gründete Adler die Zeitung »Die Gleichheit« und stellte sich einer aufreibenden Reise durch die Monarchie, um das Mandat für die Einberufung zum Parteitag zu erhalten.

### SOZIALDEMOKRATISCHES URTRAUMA

Zunächst wurde in Hainfeld das sozialdemokratische Urtrauma der Parteispaltung in ein prägendes und bewusstseinsbildendes weit in die Gegenwart reichendes Mantra verwandelt: »Der Parteitag [...] erwartet von jedem Parteigenossen ehrliches und brüderliches Einstehen für die Gesamtpartei.« Ein Delegierter spitzte die Einheitssehnsucht zu: »Die Hauptsache bleibt die Einigkeit.« Die Parteieinheit wurde zur Hauptsache befördert. Sie konnte aus dieser Rason heraus so über die Jahrzehnte erhalten werden, aber im Laufe der Parteigeschichte wurden aus demselben Grund oft auch grundlegende Konflikte nicht ausgetragen und große Entscheidungen nicht getroffen.<sup>7</sup>

Das in Hainfeld beschlossene Programm selbst diente, trotz oder wegen aller darin enthaltenen Kompromisse, in seiner politischen Konzentriertheit und mit all seiner visionären Kraft für Jahrzehnte als Leitstern der österreichischen Sozialdemokratie. Schon zu Beginn definiert es einen Begriff von Volk, oder besser ein politisches Menschenbild, das für die Zeit und Österreich wahrlich nicht selbstverständlich war: Die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängig-

keit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmern wurden für »das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes« erstrebt. Es wurden auch die Vorrechte der Nationen, die der Geburt, des Besitzes und der Abstammung verurteilt.

### DER PRAKTIKER

Im Grundsatzprogramm zeigte sich auch Adlers Ablehnung von Gewalt als politisches Mittel und seine distanzierte Haltung gegenüber zu viel ideologischer Abstraktion und allem »Hypothetischen«. Er war eben ein Praktiker, den vor allem »die Anwendung der Theorie in corpore vivo«<sup>8</sup> interessierte. Obwohl sich das Programm in seinem analytischen Grundverständnis streng marxistisch verstand, wurden aber die sich aus dem Kommunistischen Manifest ergebenden Endkampfperspektiven und die damit verbundenen Vorstellungen vom gewaltsamen Umsturz der bestehenden Ordnung vermieden. Es wurde ein klar an Marx'schem Denken orientierter Zweck der Sozialdemokratischen Partei Österreichs definiert: »Die Befreiung der Arbeiterklasse« als »Erfüllung einer geschichtlich notwendigen Entwicklung« werde angestrebt, die durch den »Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes« erreicht werden solle. Träger dieses Zwecks sei ein klassenbewusstes und als Partei organisiertes Proletariat.

Bei den Mitteln, dieses Ziel zu erreichen, wurde jedoch besagter Widerwillen gegenüber Gewalt und besagte Skepsis gegenüber abstrakter Theorie sichtbar. Denn im weiteren Textverlauf der Prinzipien-Erklärung wurde dann der Wille das Proletariat »geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten« als »eigentliches Programm« festgeschrieben, zu dessen Durchführung die Arbeiterpartei sich »aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewusstsein des Volkes entsprechenden Mitteln« bedienen werde. Gerade Victor Adlers Hang, Theorie immer nur in Bezug auf ihren praktischen Nutzen für die Schaffung einer »Arbeiterklasse europäischen Zuschnitts« ernst zu nehmen,<sup>9</sup> und sein Streben nach einem »Überflüssigmachen der Revolution als praktische Perspektive«<sup>10</sup> legten den Grundstein für eine pragmatische sozialdemokratische Reformpolitik, die zunächst im solidarischen Miteinander auf Basis der Selbsthilfe versuchte, materielle Nöte zu lindern, und im Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht eine Erziehungs-, Mobilisierung- und bürgerrechtliche Gleichstellungsmaßnahme für die ArbeiterInnenschaft sah.<sup>11</sup> All das wurde – vor allem im Menschenbild

und Gesellschaftsverständnis Victor Adlers – verschränkt mit einer »poetischen Politik« der Ästhetisierung des Politischen und der Aufladung der sozialdemokratischen Organisationen mit einer quasireligiösen Aura. Diese Verschränkung führte zu einer emotionalen Bindung breiter Volksschichten an die Bewegung, die ihresgleichen in Europa sucht und den sendungsbewussten Kampf um Modernisierung, Demokratisierung und Liberalisierung ins Zentrum des politischen Aktivismus stellte.<sup>12</sup>

### KOLLEKTIV UND INDIVIDUUM

Ebenso das in Hainfeld begründete Verhältnis zwischen Kollektiv und Individuum ist auch als Besonderheit österreichischer Sozialdemokratie zu bewerten. So bildeten zwar die alles umfassenden Klammern die Parteieinheit und die Schaffung einer modernen Massenpartei durch ein diszipliniertes Proletariat, dennoch war in der Prinzipien-Erklärung auch ein individualistisch-liberaler Grundzug enthalten. Vor allem auch Victor Adler selbst brachte von Anfang an kulturliberales Denken und Hochachtung für das Individuum in die Bewegung. So meinte er in seiner Rede zur Prinzipien-Erklärung: »Das erste, angeborenste und niemals je genommene Menschenrecht ist das, ein ganz spezielles, persönliches Programm zu haben. Jeder Mensch, hat das Recht zum Parteiprogramm auch noch Anmerkungen zu machen.«

Auch hier spannte sich ein Widerspruch auf, der Disziplinierung und Einordnung in die Gemeinschaft genauso einforderte, wie er politisches Engagement »als Akt einer neugewonnenen persönlichen Autonomie«<sup>13</sup> anbot. Auch darin begründete sich die Fähigkeit der österreichischen Sozialdemokratie eine intensive Bindungskraft an die Bewegung und die sie leitende Ideologie zu entwickeln, die auf den/die einfache/n ArbeiterIn genauso wirkte wie auf Intellektuelle. So wurden Menschen, die vielleicht sonst nicht zueinander gefunden hätten, für eine das Klasseninteresse weit übersteigende gemeinsame Sache nachhaltig zusammengeführt.

Die Hainfelder Prinzipien-Erklärung ist ein großer Meilenstein gesellschaftlicher Analyse, politischer Programmatik, aber auch politischer Praxis. Kompromiss und Vision, Theorie und Pragmatismus stehen sich hier nicht als Widersprüche gegenüber, sondern erscheinen vielmehr als eine Art Synthese von tiefem Empfinden und aufgeklärtem Rationalismus, visionärem Möglichkeits- und pragmatischem Wirklichkeitssinn und gemeinschaftlicher Disziplinierung und individuellem Freiheitsversprechen. Diese Synthesen setzten menschliche

### FUSSNOTEN


1. Peter Eigner (1997): Die Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert: Ein Musterfall verzögerter Industrialisierung? In: Beiträge zur historischen Sozialkunde. Nr. 3/97. 27. Jg.
2. Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaisertum Oesterreich. Jahrgang 1867. Gesetz vom 15. November 1867 über das Vereinsrecht. Zitiert nach: alex.onb.ac.at
3. Vgl.: Michael Rosecker (2002): Zwischen Provinz und Internationale. Die frühe Arbeitervereinswelt am Beispiel Wiener Neustadt.
4. Wolfgang Maderthaler: Victor Adler. In: Victor Adler / Friedrich Engels (2011): Briefwechsel. S. IX
5. Max Ermers (1932): Victor Adler. Aufstieg und Größe einer sozialistischen Partei. S. 98
6. Vgl.: Franz Kreuzer (1988): Was wir ersehnen von der Zukunft Fernen. Der Ursprung der österreichischen Arbeiterbewegung. S. 138
7. Norbert Leser (1968): Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis.
8. Aussage in einem Brief an Friedrich Engels. Zitiert nach: Mommsen: Arbeiterbewegung. S. 192
9. Maderthaler: Victor Adler. S. XIII
10. Nach: Leser: Zwischen Reformismus und Bolschewismus. S. 211
11. Vgl.: Rudolf G. Ardelt (1994): Vom Kampf um Bürgerrechte zum Bürgerfrieden. Studien zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie
12. Stefano Bartolini (2000): The political Mobilization of the European Left, 1860 bis 1980, S. 81 und Wolfgang Maderthaler: Victor Adler und die Politik der Symbole. In: Norbert Leser / Manfred Wagner (1994): Österreichs Symbole. S. 163
13. Alfred Pfabigan (2000): Die Enttäuschung der Moderne. S. 124
14. Peter Pelinka / Manfred Scheuch (1989): 100 Jahre AZ. S. 15
15. Ebenda.
16. Ebenda.

Hoffnung frei, schufen tiefe Bindungen und erzeugten damit produktive Energien der Gesellschaftsveränderung, Demokratisierung und Selbstermächtigung.

Manche dieser »Synthesen« entfalteten in den großen Krisen dieses Landes viel Problemlösungskompetenz und demokratische Schaffenskraft. Erst in den Wirren des Februars 1934 fand das österreichische sozialdemokratische Experiment die »ökonomische, geistige und politische Befreiung der Arbeiterklasse«<sup>14</sup> zu erreichen, wie Victor Adler es in der ersten Ausgabe der Arbeiter-Zeitung am 12. Juli 1889 umschrieb, durch die fatale Wirtschaftskrise und die Übermacht und Brutalität der Feinde der Demokratie ein vorläufiges Ende. Der humanistische Kompromiss »das Hirn zu erhellen« und »das Herz zu erwärmen«<sup>15</sup>, als Synthese eines vermeintlichen politischen Widerspruchs, scheiterte an der hasserfüllten Kompromiss- und reaktionären Visionslosigkeit des österreichischen Faschismus.

Dennoch betrat in Hainfeld endgültig eine politische Bewegung die Bühne, die tief mit der Geschichte dieses Landes



verwoben ist und viel zu dessen heutiger demokratischer Stabilität, geistiger Schaffenskraft und dessen heutigem materiellen Wohlstand beigetragen hat. So lohnt es sich auch heute zum 125. Jubiläum der Ereignisse in Hainfeld einen Blick zurück zu werfen, um zu wissen, wie sehr – frei nach Victor Adler – demokratische Politik schöpferisch sein kann, wenn das »Hirn klar denkt« und das »Herz energisch will«<sup>16</sup>. 

**MICHAEL ROSECKER**

ist Historiker und Mitarbeiter des Dr.-Karl-Renner-Instituts.



DEBORAH SENGL

DIE LETZTEN TAGE  
DER MENSCHHEIT

ESSL MUSEUM



Deborah Sengl Apokalypse 2 2013

Acryl auf Leinen 60 x 200 cm Fotonachweis: Sebastian Philipp, 2013 © Deborah Sengl, 2013

# Ägypten: Inmitten der Konterrevolution

**Ein Schritt vorwärts**, zwei zurück. In diesem Rhythmus scheinen sich die Ereignisse in Ägypten zu überschlagen. Das Militär sitzt wieder fest am Ruder und sorgt dafür, dass kein anderer dieses so schnell an sich reißen kann, analysiert Tyma Kraitt.

**M**it der neuen Verfassung, die per Referendum die überwältigende Zustimmung von 98 Prozent erhielt, hat das Militär unter der Führung von Verteidigungsminister Abdel Fattah Al-Sisi seine politische Macht endgültig einzementiert. Doch der Siegeszug der Putschisten hat einen kleinen Makel. Die Wahlbeteiligung lag mit ca. 38 Prozent weit unter den Erwartungen und nur minimalst über der Beteiligung für das Referendum zum Verfassungsentwurf der Muslimbruderschaft von 2012.<sup>1</sup> Besorgniserregend ist auch der Umstand, dass keine öffentliche Wahlwerbung gegen den vom Militär gebilligten Entwurf zugelassen war. Kritische Stimmen verstummten zumeist aufgrund des repressiven Klimas. Nicht nur die Muslimbrüder, die zu einem Boykott des Referendums aufriefen, waren den Einschüchterungsversuchen und der Willkür des neuen Regimes ausgesetzt. Der Militärführung ist mittlerweile jedes Mittel recht, um die politischen Errungenschaften der ägyptischen Revolution rückgängig zu machen. Und letztere bestehen weniger in der Möglichkeit freier Wahlen, wie häufig von UnterstützerInnen des abgesetzten Präsidenten Mohammed Morsi bekräftigt wird, sondern vielmehr in einem selbstbewussten politischen und zivilgesellschaftlichen Engagement seitens der Bevölkerung, getragen vom Wunsch nach politischer Partizipation. Es ist daher wenig verwunderlich, dass sich die jüngsten Repressionswellen nicht allein gegen die Muslimbruderschaft richteten. Die Gewalt, mit der jeglicher Protest gegen das Militär und Verteidigungsminister Abdelfattah Al-Sisi im Keim erstickt werden soll, erstreckt sich längst über unterschiedlichste Gesellschaftsspektren, darunter das säkulare und linke Lager.

Infolge der gewaltsamen Unterdrückung der Pro-Morsi-Kundgebungen und des Verbotes der inzwischen als Terror-

gruppe eingestuftes Muslimbruderschaft wurde Ende November unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung prompt ein umstrittenes Gesetz zur Einschränkung des Demonstrationsrechts durchgesetzt.<sup>2</sup> Damit wurde den Sicherheitskräften freie Hand in der Verfolgung politischer Aktivisten gewährt. So muss jede öffentliche Versammlung mit mehr als zehn Personen selbst während eines Wahlkampfes, drei Tage vorher von der zuständigen Polizeiwache genehmigt werden. Im Antrag sind die Namen der Organisatoren, Grund des Protestes wie auch die Parolen der Demonstranten bereits im Vorfeld bekannt zu machen, was spontane Kundgebungen unmöglich macht. Weiters dürfen Demonstrationen nicht in Nähe einer Moschee stattfinden und können verboten werden, sollten sie den Verkehr behindern. Damit sei es den Machthabern möglich, praktisch jeden Protest für illegal zu erklären. Gleichzeitig enthält der Gesetzestext drastische Strafdrohungen von bis zu fünf Jahren Haft oder hohen Geldsummen.

## VERFOLGUNG VON OPPOSITIONELLEN

Im Dezember 2013 wurden führende Aktivisten der Jugendbewegung 6.April, darunter Mohamed Adel, Ahmed Douma und Gründungsmitglied Ahmed Maher zu drei Jahren Haft und einer Geldstrafe von 50.000 ägyptischen Pfund verurteilt. Die Jugendbewegung 6.April spielte eine wesentliche Rolle in den Mobilisierungen gegen Mubarak Anfang 2011 und zählt neben der Muslimbruderschaft zu den vehementesten Kritikern des Militärs.

Ebenso wurden in Alexandria im Jänner 2014 die bekannte Aktivistin und Rechtsanwältin Mahienour El-Massry sowie der Aktivist Hassan Mostafa, beides Mitglieder der *Revolutionary Socialists Egypt*, zu zwei Jahren Haft und ebenfalls 50.000 Pfund Strafe verurteilt. Ihr Vergehen: Sie haben gegen

das neue Versammlungsgesetz verstoßen und nahmen an einer Demonstration vor jenem Gerichtshof teil, in dem die Verhandlungen zum Mord an Khaled Said geführt wurden, jenes jungen Bloggers, den Polizisten 2010 auf offener Straße totprügelten und der nach seinem Tod zu einer Ikone des Widerstands gegen das Mubarak-Regime avancierte. Die zwei Täter wurden zwar 2012 zu jeweils siebenjährigen Haftstrafen verurteilt, gingen jedoch in Berufung und setzen alles daran, einen Freispruch zu erzwingen – zum Teil mit fragwürdigen Argumenten, wie etwa der Behauptung ihres Verteidigers, der Fall Khaled Said sei eine »zionistische Erfindung«.<sup>3</sup>

Von der Repressionswelle sind aber auch andere Bereiche betroffen, wie etwa die Universitäten. Landesweit wurden in den vergangenen Monaten zahlreiche Studenten und auch Lehrpersonal vom Sicherheitspersonal attackiert oder verhaftet. Studierende, die an Protesten gegen das Militär teilnahmen, ganz gleich ob sie dem islamistischen oder säkularen Lager angehörten, wurden suspendiert oder gar exmatrikuliert. Der zuständige Minister für Höhere Bildung, Hossam Eissa und der Oberste Rat der Universitäten stimmten einem Maßnahmenpaket zur Niederschlagung der Studentenproteste vom 25. Oktober zu. Diese beinhalteten ein Aufstocken des Budgets für mehr Sicherheitspersonal wie auch weitere Strafmaßnahmen. Betroffen waren die Al-Azhar Universität, die Ende Dezember wegen eines Pro-Morsi Protests gestürmt wurde, oder die Kairo-Universität und Ain Shams sowie die Hochschulen von Alexandria oder Mansoura.

## UNABHÄNGIGE GEWERKSCHAFTEN UNTER BESCHUSS

In den vergangenen Jahren ist es zu einer regelrechten Explosion sozialer Kämpfe gekommen: In 2011 wurden etwa 1.400 kollektive Aktionen seitens ArbeitnehmerInnen gezählt, 2012 waren es schon fast 2.000 und laut dem *Ägyptischen Zentrum für Soziale Rechte* (ECSR) ist die Zahl an derartigen Auseinandersetzungen während des ersten Quartals von 2013 auf 2.400 gestiegen.<sup>4</sup>

Diese Entwicklung ließ sich bisher nur schwer eindämmen. Ein Streikmoratorium wird schon seit einigen Jahren von unterschiedlichsten politischen Kräften gefordert, darunter auch die diversen Gewerkschaftsführungen. Auch die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbrüder oder die liberale Wafd-Partei haben sich stets für ein härteres Vorgehen gegen Arbeitskämpfe stark gemacht. Die Forderung nach einem Streikverbot sorgte auch im Oppositionsbündnis gegen

Morsi und die Muslimbruderschaft, der sogenannten Nationalen Heilsfront, für große Unstimmigkeit vor allem zwischen liberalen und nasseristischen Vertretern.

Ein wesentlicher Grund, weshalb sich Arbeitskämpfe in Ägypten kaum kontrollieren lassen, ist eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung, die sich seit dem Sturz Mubaraks vom staatsnahen Gewerkschaftsverband ETUF verselbstständigt hat. Sie wird von den zwei Dachverbänden EFTU (*The Egyptian Federation of Independent Trade Unions*) mit 2,5 Millionen Mitgliedern und EDLC (*The Egyptian Democratic Labor Congress*) mit etwa einer halben Million Mitgliedern dominiert. Im Vergleich dazu liegen die offiziellen Mitgliederzahlen der ETUF noch bei 4,5 Millionen. Allerdings wurden über tausend unabhängige Vertretungen seit 2011 gegründet, darunter noch viele, die sich bisher keinem der zwei großen unabhängigen Verbände angeschlossen haben.<sup>5</sup>

Die Durchsetzung eines Streikmoratoriums ist angesichts der Unübersichtlichkeit der Lage, mangelnden Führungskompetenzen sowie Konflikten innerhalb der Gewerkschaftsverbände unwahrscheinlich. Nur wenige Wochen nach dem Sturz Morsis wurde die Textilindustrie von einer neuerlichen Streikwelle erfasst. Gestreikt wurde unter anderem in der *Nasr Spinning and Weaving Company* in Mahalla, dem größten staatlichen Textilkomplex des Landes oder in der *Stia Spinning and Weaving Company*. ArbeiterInnen forderten die Zahlung ausstehender Löhne und Zulagen sowie längere Ramadan-Feiertage. Zu weiteren Protesten kam es unter anderem auch in der *Damietta Spinning Company*.

Die politische Führung reagiert mit aller Strenge. Streikende werden oftmals wegen Gewalt gegen die Staatsmacht, Sachbeschädigung oder wegen »Aggression auf das Recht auf Arbeit« verhaftet. Letzterer Strafbestand basiert auf einem Gesetz, das kurz nach dem Sturz Mubaraks verabschiedet wurde und bei Arbeitsniederlegungen drastische Haftstrafen oder hohe Bußgelder vorsieht. Gewerkschaftsaktivisten sind vermehrt dem gewaltigen Druck des Militärrats und der Sicherheitskräfte ausgesetzt. Beispielsweise wurde letzten Sommer einer der führenden Arbeitsrechtler Ägyptens, Haitham Mohamedain in Suez verhaftet. Mohamedain wird ein tätlicher Angriff gegen einen Offizier vorgeworfen, was er jedoch vehement bestreitet. Er war zwar ein großer Unterstützer der Proteste gegen Morsi, aber zugleich auch eine der wenigen Stimmen, die das brutale Vorgehen des Militärs und die Ermordung hunderter AnhängerInnen der Muslimbruderschaft

verurteilten. Nur wenige Wochen vor seiner Verhaftung verteidigte er zwei Stahlarbeiter in Suez, deren Streik um höhere Löhne durch die Armee aufgelöst wurde. Die Arbeiter wurden festgenommen. Für ihre Beteiligung an dem Streik droht ihnen bis zu fünf Jahre Haft.

Ironischerweise waren es gerade auch die unabhängigen Gewerkschaftsbewegungen, die den Militärputsch gegen Mohammed Morsi und der damals regierenden Freiheits- und Gerechtigkeitspartei unterstützten. In einem Statement von Ahmed Salem, Gewerkschaftspräsident der Vereinigung unabhängiger Gewerkschaften im Gouvernement al-Gharbiyya, welche dem EDLC angehört, heißt es: »Like most Egyptians, we took part in the campaign in protest at the way that Mohamed Morsi used the institution of the presidency in the interests of the Brotherhood alone, and not the interests of the people, and the workers in particular. Just like under the old regime, his policies benefited businessmen and investors, not workers.«<sup>6</sup>

Wie schon unter Mubarak und Morsi liegt der Schwerpunkt der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in der Wiedereinstellung gekündigter ArbeitnehmerInnen, eine permanente Übernahme von freien Beschäftigten, ein gesetzlicher Mindestlohn von 1.500 Ägyptische Pfund (ca. 158 Euro) pro Monat, eine Grenze für Höchstehinkommen, die Unantastbarkeit des Streikrechts und das Organisationsrecht für unabhängige Gewerkschaften. Mit diesen Forderungen sind Konfrontationen mit dem Militär vorprogrammiert, nicht zuletzt weil die neue Verfassung Organisations- und Streikrecht massiv einschränkt.

### DIE SCHWÄCHE DES REVOLUTIONSLAGERS

Der Vormarsch der Militärs und die scheinbare Rückkehr zu den alten Verhältnissen ist auch eine Folge der Zerrissenheit der Opposition und des prorevolutionären Lagers. Ihre tieferen Ursachen sind bereits auf Umbruchphase von 2011 zurückzuführen. Nach dem Sturz Hosni Mubaraks schien der Diktator zwar beseitigt zu sein, nicht jedoch die Diktatur. In den politischen Institutionen, in der Wirtschaft oder den Medien war und ist der Einfluss des alten Regimes noch immer präsent. Aus diesem Grund wurde der Ruf nach einer Säuberung des Systems (tathir!) von den Überresten des alten Regimes, einem Kampf gegen die »kleinen Mubaraks« laut. Um dies zu ermöglichen setzten sich vor allem linke und nasseristisch geprägte Fraktionen im Revolutionslager für einen zivilen Übergangsrat ein. Dieser hätte den damals regierenden

Obersten Rat der Streitkräfte unter General Tantawi ablösen sollen und darüber hinaus einen notwendigen Zusammenhalt innerhalb des Revolutionslagers ermöglicht, um gesamtgesellschaftliche Probleme unter Einbindung aller Oppositionsgruppen zu lösen und die alten Netzwerke des Regimes, den sogenannten »Tiefen Staat« zu bekämpfen. Diese Idee wurde jedoch vonseiten der Muslimbruderschaft, aber auch der Salafisten und der Liberalen vehement abgelehnt. Diese Gruppen traten für rasche Wahlen ein, welche die Muslimbrüder eine nach der anderen klar gewannen, wenn auch zumeist unter niedriger Wahlbeteiligung. Es folgte ein Bruch mit ihren ehemaligen Bündnispartnern. In ihrem Siegesrausch und religiösem Sektierertum übersahen sie ihre zunehmende Isolation.

Der Aufstand gegen Mohammed Morsi und den Muslimbrüdern in Ägypten kam alles andere als unerwartet. Einzig deren Anhängerschaft selbst schienen von der Wucht des Volkszorns überrascht worden zu sein. Sie haben die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung wie auch die Unnachgiebigkeit ihrer politischen Gegner, insbesondere des Militärs, klar unterschätzt. Diesen Machtkampf hat die Armee vorerst für sich entschieden. Sie verstand es geschickt, unter der Führung Al-Sisis die neue Protestwelle für ihre eigene Machtübernahme zu instrumentalisieren. Es sei kein Coup d'Etat im klassischen Sinne, vielmehr sei das Militär dem Volke zu Hilfe geeilt, es gehe nicht um die Abschaffung der jungen ägyptischen Demokratie, sondern um einen notwendigen Korrekturkurs, so die Befürworter des Militärputsches. Diese Eskalation war nicht nur das Resultat eines Kräftemessens zwischen Muslimbruderschaft und den Befürwortern des alten/neuen Regimes. Die Zerwürfnisse innerhalb des sogenannten Revolutionslagers, all jener politischen Akteure, die der Kampf gegen die Mubarak-Diktatur einte, waren seit der durch Wahlerfolge legitimierten und kompromisslos durchgeführten Machtübernahme der Muslimbruderschaft nicht mehr aufzuhalten. Dass diese Entwicklung eine nachhaltige Schwächung der RevolutionärInnen nach sich ziehen würde, liegt auf der Hand – ebenso auch, dass dem alten Regime damit die Rückkehr durch die Hintertür ermöglicht wurde.

### NACH DER REVOLUTION IST VOR DER REVOLUTION

Seit den letzten Jahren der Mubarak-Ära befindet sich Ägypten in der schwersten Wirtschaftskrise seit den späten 80er-Jahren. Die Situation hat sich durch die anhaltende politische Instabilität verschärft. Die abgesetzte Regierung unter der Führung der Muslimbrüder verhandelte zwei Jahre lang um

einen IWF-Kredit in der Höhe von 3,6 Milliarden Euro. Auch die neuen Machthaber setzen auf diesen Kredit. Dieser kann den endgültigen Zusammenbruch der ägyptischen Wirtschaft jedoch nicht aufhalten, sondern bestenfalls aufschieben – es handelt sich eher um eine symbolische Geste, ein positives Signal an Investoren. Darüber hinaus fließt seit der Machtübernahme des Militärs auch reichlich Geld aus Saudi-Arabien. Zu einer Verbesserung der prekären wirtschaftlichen Lage tragen diese Maßnahmen jedoch kaum bei. Auch wenn sich ein explizit politischer Widerstand gegen das neue Regime als zusehends schwierig erweist, wird ein Verstummen der sozialen Kämpfe nicht so schnell herbeizuführen sein. Eine geeinte Opposition gegen das Militär wäre wünschenswert, ist aber aufgrund der vergangenen Konflikte und des gegenseitigen Misstrauens unrealistisch. Der Widerstand der Muslimbrüder ist weitgehend isoliert, während General Al-Sisi großen Rückhalt in der Bevölkerung genießt und mittlerweile sogar erwägt, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen zu kandidieren. Das gewaltsame Vorgehen gegen kritische Stimmen lässt nichts Gutes erahnen. Doch die jüngere Vergangenheit hat bereits gezeigt, wie schnell sich die Ereignisse in Ägypten überschlagen können. 🍏

### TYMA KRAITT

ist Doktorandin der Philosophie an der Universität Wien. Sie ist Chefredakteurin von [Shabka.org](http://Shabka.org) und Co-Herausgeberin und Autorin des Buches »Syrien – Hintergründe, Analysen, Berichte«.

1. <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/91686/Egypt/Politics-/Preliminary-results--of-votes-in-favour-of-Egyptia.aspx>
2. [www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afrika/nach-protesten-aegypten-schraenkt-demonstrationsrecht-ein-12680023.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afrika/nach-protesten-aegypten-schraenkt-demonstrationsrecht-ein-12680023.html)
3. "The case of Khaled Said is a "Zionist creation" aimed at disrupting the Egyptian regime at the time." Siehe: [www.madamasr.com/content/khaled-said-case-%E2%80%99zionist-creation%E2%80%99-says-defense-lawyer](http://www.madamasr.com/content/khaled-said-case-%E2%80%99zionist-creation%E2%80%99-says-defense-lawyer)
4. Laut Joel Beinin in: [www.merip.org/mero/mero082313](http://www.merip.org/mero/mero082313)
5. [www.egyptindependent.com/news/independent-unions-declare-new-alliance](http://www.egyptindependent.com/news/independent-unions-declare-new-alliance)
6. <http://menasolidaritynetwork.com/2013/07/11/egypt-we-need-to-stop-government-interference-in-trade-union-work-interview-with-mohamed-ahmed-salem/>

# Mayotte: Wie eine tropische Insel zu Europa wurde

Die Europäische Union wurde kürzlich um ein überseeisches Gebiet vergrößert. Stefan Brocza und Andreas Brocza schildern, wie es dazu kam.

Zum Jahreswechsel 2014 sorgte eine Kurzmeldung für Unruhe im österreichischen Blätterwald: Mayotte, eine tropische Insel vor Ostafrika mit muslimischer Bevölkerung sei der EU beigetreten.<sup>1</sup> Und wie bei Meldungen aus der EU üblich, wurden sogleich die damit verbundenen Kosten, etwa 5 Millionen Euro aus den Brüsseler Fördertöpfen, genannt. Dass ab nun zumindest der Kommissar aus Österreich, Johannes Hahn, für deren Verwendung zuständig sein wird, konnte die obligatorische Aufregung bei der Postingsgemeinde auch nicht mehr senken. Dabei stellt dieser vermeintliche »Beitritt« nur den Schlusspunkt einer höchst interessanten, doch genau genommen unspektakulären staats- und europarechtlichen Statusänderung einer französischen Überseeprovinz dar. Denn technisch betrachtet war es die europäische Reaktion darauf, dass erst aus einem *Territoire d'outre mer (TOM)* nach einer Volksbefragung ein *Departement et Region d'outre mer (DROM)* wurde, was zur Folge hatte, dass Mayotte nicht mehr ein *Überseeisches Land und Gebiet (ÜLG)* ist, sondern nun zu einer *Ultraperipheren Region (UPR)* wird. Natürlich sorgen diese kryptischen Abkürzungen aber nicht für erhellendes Kicken in der Öffentlichkeit, vielmehr kann und will bestenfalls eine verschwindende Minderheit der akademischen Fachwelt dabei noch folgen.

Dieser doch traurige Umstand lässt sich leicht erklären. Nur die wenigsten wissen noch, dass manche EU-Mitglieder auch heute noch Länder und Gebiete in Übersee besitzen und dass diese Gebiete in jeweils unterschiedlichen Maß ein Teil der EU sind, beziehungsweise mit der EU assoziiert sind.<sup>2</sup> Vereinfacht kann man diese »Restkolonien« der EU in zwei Arten teilen:

(1) Abhängige Gebiete, deren Verteidigung und Außenvertretung ganz, deren Verwaltung aber nur teilweise von ei-

nem europäischen Mutterland übernommen wird. Diese ÜLGs sind keine souveränen Staaten, aber auch keine Provinzen der jeweiligen Staaten. In ihnen haben die europäischen Verträge grundsätzlich keine Gültigkeit, doch durch das Mittel der Assoziierung können sie auf eine enge Zusammenarbeit mit der EU zählen. So werden ihnen Handelsvorteile eingeräumt, sie erhalten Zugang zu Projekten der Entwicklungszusammenarbeit aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und deren Bewohner\_innen besitzen (da sie im Normalfall die Staatsbürgerschaft ihres Mutterlandes besitzen<sup>3</sup>) die Rechte eines Unionsbürgers der EU. Im aktuellen 10. EEF, der bis 2013 lief, waren für die ÜLG (ohne Grönland, welches aus dem normalen Budget der EU finanziert wird) gesamt 286 Millionen € budgetiert, im 11. EEF (Laufzeit 2014 bis 2020) sind gesamt 343 Millionen € vorgesehen. Es handelt sich dabei um:

- Neukaledonien und Nebengebiete, Französisch-Polynesien, Französische Süd- und Antarktisgebiete, Wallis und Futuna, Mayotte, Saint-Barthélemy sowie St. Pierre und Miquelon (Heimatstaat Frankreich)
- Aruba, Bonaire, Curaçao, Saba, St. Eustacius sowie St. Maarten (Heimatstaat Niederlande)
- Anguilla, Kaimaninseln, Falklandinseln, Südgeorgien und Südliche Sandwichinseln, Montserrat, Pitcairnsinseln, St. Helena und Nebengebiete, Britisches Territorium in der Antarktis, Britisches Territorium im Indischen Ozean, Turks- und Caicosinseln, Britische Jungferninseln sowie Bermuda (Heimatstaat Vereinigtes Königreich)
- Grönland (Heimatstaat Dänemark)

(2) Gebiete, die zwar in Übersee oder zumindest weiter vom europäischen Festland entfernt, jedoch gleichwertiger und gleichberechtigter Teil des jeweiligen Staates sind. Diese UPR kann man als normale EU-Provinz verstehen, in denen das Europarecht volle Gültigkeit besitzt und welche voll



am Binnenmarkt teilnehmen, es sei denn die abgedehnte geographische Lage macht gewisse Sonderregelungen notwendig. Diese sind zeitlich begrenzt und bedürfen mitunter langwieriger Verhandlungen, wenn etwa Grundprinzipien des Gemeinsamen Markts oder der Personenfreizügigkeit betroffen sind. Dieser Status hat keine Auswirkungen auf Schengen-Recht, da dieses auf das europäische Festlandgebiet der Mitgliedsstaaten begrenzt ist. Zu den aktuellen UPR zählen, außer dem Neuzugang Mayotte:

- eine autonome spanische Gemeinschaft, nämlich die Kanarischen Inseln;
- die beiden autonomen portugiesischen Regionen Madeira und Azoren;
- die vier französischen Überseedépartements Martinique, Guadeloupe, Französisch-Guyana und Réunion, sowie die Übersee-Körperschaft Saint-Martin.
- UPR steht, wie anderen europäischen Regionen, der Zugang zu Programmen und Strukturfonds der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Regionalentwicklung offen. Dafür steht das eigens für die Ultraperipheren Regionen bestimmte POSEI Programm zur Verfügung – für alle französischen Gebiete waren bisher 278,4 Millionen € jährlich budgetiert.

## MAYOTTE

Das Beispiel Mayotte illustriert, wie das Mutterland Frankreich im Laufe der Zeit mit seinen kolonialen Besitzungen umgegangen ist und welche Probleme heute aus diesen Überresten, den sprichwörtlichen »confetti de l'Empire«, noch entstehen. Es gehört geographisch zum Komoren-Archipel und liegt nordwestlich von Madagaskar im Indischen Ozean. 1841 übernahm Frankreich die Schutzherrschaft über Mayotte, erst 1887 auch über die restlichen Komoreninseln. Frankreich folgte seinem Plan einer möglichst direkten Herrschaft, welche einheitliche Strukturen und Verwaltung nach europäischem Vorbild vorsah und im Ideal die Kolonien möglichst nah an die französische Nation anbinden sollte. Nach 1945 kam es zu einer Neuorganisation der Republik Frankreich und somit auch seines Kolonialbesitzes. Die sogenannten Altkolonien (Martinique, Guadeloupe, Réunion und Französisch Guyana waren bereits seit dem 17. Jahrhundert im Besitz Frankreichs) erhielten den Status als Überseedépartement und wurden somit gleichwertiger Bestandteil der Republik, während die Komoren, wie die restlichen Kolonien, zu Überseeterritorien, einem abhängigen Gebiet, wurden.

Die Welle der Dekolonisierung traf erst 1975 die Komoren. Nach einer Volksabstimmung sagten sich die Komoren einsei-

tig von Frankreich los, doch betraf das nicht Mayotte. Denn das Abstimmungsergebnis auf Mayotte brachte eine Mehrheit für den Verbleib bei Frankreich. Dieses für das Mutterland angenehme Ergebnis interpretierte Frankreich dahingehend, dass nur diese Komoreninseln, welche mehrheitlich für die Unabhängigkeit gestimmt haben, souverän wurden, Mayotte aber weiterhin französisch sei. Bis heute widersprechen dem die nun eigenständigen Komoren. Sie vertreten die Meinung, dass das mehrheitliche Ergebnis der damaligen gesamten Kolonie (sprich aller Inseln) gilt und dass diese sich gesamt lossagten. Andere Stimmen erinnern daran, dass auch eine Abstimmung im europäischen Frankreich nötig gewesen wäre. Der Haltung der Komoren schlossen sich jedenfalls andere afrikanische Staaten, die Organisation für Afrikanische Unabhängigkeit (OAU, der Vorläufer der heutigen Afrikanischen Union, AU) und aufgrund der Mehrheitsverhältnisse auch die Vereinten Nationen (VN) an. 2002 kam es zu einer weiteren Annäherung an Frankreich und die EU, als es zur *Collectivité départementale* wurde, einer Zwischenstufe zum DROM, und 2011 sprach es sich endgültig dafür aus, ein echtes Département, das 101. der Republik Frankreich, zu werden. Nach einer Übergangsfrist bis 2014 schlägt sich nun dieser Wechsel auch in der EU nieder, indem es zu erwähnten »Beitritt« kam, der in Wirklichkeit ein Statuswechsel zu einem UPR war. Bemerkenswert ist hierbei, wie unaufgeregt, die dazu notwendigen Richtlinien des Rats sind. Sie betreffen Änderungen bei der Mehrwertsteuer, der Umsetzung des Elternurlaubs, der Kanalisation und bei Agrarregelungen<sup>5</sup>. Eigentlich erstaunlich, wie wenig es braucht, dass ein afrikanisches de-facto *Least Developed Country (LDC)* europareif wird.

## PRO EUROPA

Von Bedeutung ist die Frage, warum sich Mayotte über die Jahre immer wieder für Frankreich entschieden hat. Seine rund 200.000 sehr jungen Bewohner\_innen unterscheiden sich im hohen Maße von denen im europäischen Mutterland. Sie sind meist Bantu-stämmig, sind zu etwa 97% Anhänger eines afrikanisch geprägten Islams und nur etwa 35% sprechen Französisch, sowenig wie in sonst keinem französischen Überseegebiet.<sup>6</sup> Dass Mayotte voll am politischen System der Republik Frankreich teilnimmt und jeweils einen Abgeordneten in die Nationalversammlung und einen in den Senat entsendet<sup>7</sup>, kann als Antwort noch nicht reichen.

Die wichtigsten Antworten darauf sind wohl die unterschiedlichen Möglichkeiten, die sich aus dem französischen Überseestatus ergeben. Die moderne, urbane und französische-

sprachige Oberschicht hat so die Gelegenheit, sich problemlos als Teil der Ersten Welt zu verstehen, auch wenn sie in der Dritten Welt lebt. Die Infrastruktur, die Spitäler und das Schulwesen werden von der Metropole finanziert und somit stark alimentiert. Weiters bietet das Heimatland Schutz bei Naturkatastrophen (ein Problem, das im Falle von kleinen Inseln von höchster Bedeutung ist) und vor militärischer Bedrohung. Nicht ohne Grund unterhält Frankreich einen internationalen Flughafen, eine Seebasis und stationiert ein Bataillon leichte Infanterie auf Mayotte und seinen Nebeninsel. Diese stellen darüber hinaus natürlich auch einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor da.

Ein weiterer Grund ergibt sich aus dem Selbstverständnis Mayottes im Vergleich zu den Komoren. Diese sind zwar souverän, doch half das allein wenig bei wirtschaftlichen Entwicklung und der Ausbaus eines Staats. Die politische Geschichte der Komoren kannte Militärputsche und wirtschaftlich sind sie bis heute stark von Entwicklungsgeldern abhängig, welche meist wiederum aus Frankreich und Europa kommen. Momentan führt sie der Human Development Index nur auf Rang 169 weltweit.<sup>8</sup> So verwundert es nicht, wenn Einwohner der Komoren regelmäßig versuchen, als illegale Einwanderer ihr Glück in Mayotte zu finden. Die praktischen Erlebnisse von tausenden Armutsflüchtlingen lassen sowohl eine volle Unabhängigkeit für Mayotte nicht erstrebenswert erscheinen und andererseits bieten sie eine willkommene Abgrenzung gegen die Komoren. Politisch werden diese immer wieder als Sündenböcke für Verfehlungen und Fehler, wie überfüllte Schulen und Spitäler, missbraucht.

### ILLEGALE ZUWANDERUNG

Der Bereich der illegalen Zuwanderung stellt ohnehin für Mayotte momentan das größte Problem dar. Es gibt Schätzungen, wonach täglich bis zu 200 Komoren illegal ankommen, wobei die Frage der Legalität wiederum zu Interpretationen führt. Die Komoren vertreten ja die Meinung, dass Mayotte ein Teil der Komoren sei, daher überprüfen sie nicht, wenn Personen sich mit den lokalen *kwassa-kwassa* (traditionellen Fischerbooten in der Region) auf den Weg machen. Es gibt also keine Grenzkontrollen. Andererseits sind Personenkontrollen auch innerhalb von Mayotte schwierig. Nur schätzungsweise die Hälfte der Bewohner\_innen haben einen Pass und das Meldewesen ist lückenhaft. Die oft ortsfremden Polizeikräfte stehen daher vor dem Problem, legale und illegale Personen unterscheiden zu müssen, welche nach der muslimischen Tradition ähnliche Namen tragen und einen Swahili Dialekt sprechen.

Dass darüber hinaus auch noch enge Verwandtschaftsverbindungen zwischen Mayotte und den restlichen Komoreninseln gibt macht die Lage nicht einfacher.

Dazu kommt, dass die illegalen Komoren auch willkommene billige Arbeitskräfte darstellen und mit Einverständnis von Unternehmern ins Land gebracht werden. Mitunter geht dabei der Missbrauch so weit, dass die betroffenen Unternehmer fristgerecht kurz vor Zahltag selbst die Illegalen bei der Polizei anzeigen: Durch die folgende Abschiebung ersparen sie sich die Lohnauszahlung. Allein im ersten Halbjahr 2011 etwa kam es zu 27.000 Abschiebungen, welche die Stimmung sowohl in Mayotte als auch auf den Komoren<sup>9</sup> belasten. Es gibt bereits erste Stimmen, die von einem zweiten Lampedusa und einer Flüchtlingstragödie im Indischen Ozean sprechen. Ironischerweise werden seit dem Wechsel zu einem UPR Stimmen laut, dass die viel gescholtene Grenzagentur der EU, FRONTEX, die Lage verbessern könnte. FRONTEX stellt zwar klar, dass es nicht bei Mayotte tätig sein wird, aber ihre Regeln für den Umgang mit Flüchtlingen könnten als positiver Maßstab dienen.

### KOLONIEN IM 21. JAHRHUNDERT

Gerade nach Betrachtung der Probleme des Überseedepartements Mayotte stellt sich, vor allem für den mitteleuropäischen Beobachter ohne Kolonialgeschichte<sup>10</sup>, eine andere Frage: Warum will Frankreich sein Überseegebiet überhaupt noch erhalten? Natürlich spielt Prestige-Denken mit, die letzten Reste des einstigen Imperiums zu erhalten. Doch auch handfeste Realpolitik kommt in Betracht. Die noch vorhandenen »Restkolonien« sind oft bereits lange ans Mutterland angebunden und sie wurden aus strategischen Gründen einst eingenommen. Diese strategische Lage besitzen sie nach wie vor und angesichts des beginnenden Rohstoffabbaus am Meeresboden, wird ihre Bedeutung noch anwachsen. Es gibt aber auch ganz einfache rechtliche Gründe für die Überseegebiete. Gemäß Artikel 72 Absatz 4 der französischen Verfassung kann eine Gebietskörperschaft nur mit Zustimmung der Wähler\_innen ihren Status ändern. Wenn die Bewohner\_innen also nicht wollen, kann Frankreich sie also nicht in die Unabhängigkeit entlassen.

### DEMNÄCHST: ANTILLEN

Das letzte Wort zu ihren Status haben somit die betroffenen Personen sowohl in den ÜLGs als auch UPRs. Und in den nächsten Jahren werden noch weitere Änderungen anstehen. Die niederländischen Gebiete in den Antillen organisieren

sich neu, einige Inseln könnten eingemeindet werden. Einen anderen Weg scheint Grönland einzuschlagen. Das dänische ÜLG mit Sonderstatus überdenkt – mit Blick auf künftige massive Bergbaueinkommen – voll souverän zu werden. Für die EU jedenfalls werden die Auswirkungen gering sein und es besteht kein Grund zur Panik. Die größten Veränderungen könnten sich für den Euro, oder besser gesagt die Euro-Banknoten ergeben: Schon bisher waren die UPR eingezeichnet, jetzt sollte mit Mayotte ein weiterer »Klecks« dazukommen. Wenn es denn überhaupt jemand bemerken sollte. 🍷

### STEFAN BROCZA

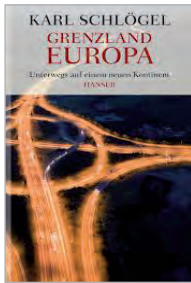
ist Chefredakteur von International und lehrt an den Universitäten  
Wien und Salzburg.

### ANDREAS BROCZA

ist Lehrbeauftragter an der Universität Wien.

- 
1. Zum Beispiel: <http://derstandard.at/1385172419724/Tropeninsel-Mayotte-tritt-der-EU-bei>; letzter Zugriff 7-1-2014
  2. Zur weiteren Beschäftigung mit diesem Thema: Brocza, Stefan / Brocza, Andreas: Europas Restkolonien. Ein Reich, in dem die Sonne nie untergeht. In: INTERNATIONAL IV/2013
  3. Die Frage der Staatsbürgerschaft obliegt den betroffenen Mitgliedsstaaten. Großbritannien etwa schlug ab den 1980er Jahren einen restriktiven Kurs ein und gestand nur den Bewohner\_innen Gibraltars und der Falklandinseln britische Pässe zu. Diese Politik änderte erst die Labour-Regierung, als nach einem Vulkanausbruch 1995 auf der Karibikinsel Monserrat tausende Bewohner\_innen flüchten mussten.
  4. Die Entwicklungsprojekte in den ÜLGs laden EU-Kritiker immer wieder dazu ein, Einzelfälle zu dramatisieren. Jüngst etwa als Henryk M. Broder die Gelder für Pitcairn, ein britische ÜLG im Pazifik, kritisierte. <http://www.welt.de/wirtschaft/article121780168/Millionen-fuer-die-Nachfahren-der-Bounty-Meuterer.html>; letzter Zugriff 7.1.2014
  5. Richtlinien 61, 62 und 64/EU sowie Verordnung 1385/2013 des Rates vom 17.12.2013.
  6. Die Mehrheit der Bevölkerung spricht wie auf den restlichen Komoren eine lokale Variante der Swahili.
  7. Sie konnten auch bereits an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen. Französische Staatsbürger\_innen in den ÜLGs besitzen das nötige Wahlrecht. Frankreich hat einen eigenen Überseewahlkreis mit drei Abgeordneten. Momentan kommen diese aus Guadeloupe, Réunion und Neukaledonien.
  8. <http://hdr.undp.org/en/countries/profiles/COM>; letzter Zugriff 7.1.2014
  9. 2008 verweigerten die Komoren zum Beispiel die Aufnahme der Abgeschobenen und 2011 nachdem Mayotte ein Überseedepartement wurde, erklärten die Komoren, Personen ohne Papiere nicht mehr zurück zu nehmen. Als Reaktion darauf entledigten sich Flüchtlinge immer öfter ihrer Ausweise, um ein Abschiebung zu verhindern.
  10. Österreich koloniale Versuche zum Beispiel scheiterten bereits früh, es nahm später nur an Formen des „informellen Kolonialismus“ teil.

# Europa, Krieg & der Mensch



## Karl Schlögel GRENZLAND EUROPA

In Bussen oder Billigfliegern bewegen sich die Europäer über viel befahrene Routen frei über alle Landesgrenzen hinweg, tauschen Waren aus und Wissen. Gleichzeitig müssen sie die Finanz- und Schuldenkrise nun gemeinsam durchleben. Schlögel erzählt lebendig und kenntnisreich die Geschichte jener unbekanntenen Menschen, ohne die dieses neue Europa nicht zustande gekommen wäre.

HANSER, 342 Seiten, 22,60 Euro



## Herfried Münkler DER GROSSE KRIEG

Als Ausbruch aus einem scheinbar stillstehenden Zeitalter wurde sein Beginn am 1. August 1914 von vielen noch euphorisch begrüßt. An seinem Ende, im November 1918, waren zu bilanzieren: 17 Millionen Tote, eine gestürzte Weltordnung und ungestillte Revanchegelüste.

Münkler zeigt, wie der Erste Weltkrieg Revolutionen auslöste, den Aufstieg des Sozialstaats und der Nationalismen förderte.

ROWOHLT BERLIN, 924 Seiten, 30,80 Euro



## Pankaj Mishra AUS DEN RUINEN DES EMPIRES

Die letzten Erben des Mogul-Reiches waren getötet, der Sommerpalast in Peking zerstört, die asiatische Welt vom Westen besiegt. In dieser Situation entwickelten Intellektuelle in Indien, China und Afghanistan eine Fülle antikolonialer

Ideen, die zur Grundlage für ein neues Asien wurden. Sie waren es, die Mao und Gandhi inspirierten und neue Strömungen des Islam anregten.

S. FISCHER, 441 Seiten, 27,80 Euro



## Devin O. Pendas DER AUSCHWITZ-PROZESS

Im Winter 1963 begann vor den Augen der Weltöffentlichkeit der erste Auschwitz-Prozess, die größte und wichtigste juristische Aufarbeitung des Holocaust. Devin Pendas erzählt auf Basis umfangreicher Quellenforschung die Geschichte dieses Verfahrens, das die Öffentlichkeit spaltete und bei dem nicht nur 22 NS-Täter, sondern auch die deutsche Vergangenheit vor Gericht standen.

SIEDLER, 432 Seiten, 25,70 Euro



## Paul Boghossian ANGST VOR DER WAHRHEIT

Boghossian konzentriert er sich auf drei verschiedene Lesarten der Behauptung, Erkenntnis sei nur sozial konstruiert und Wahrheit lediglich relativ, und widerlegt sie. Er plädiert dafür, dass wir unserem gesunden Menschenverstand folgen sollten: Die Welt ist, wie sie ist. Objektive Erkenntnis ist möglich und eine Wahrheit jenseits sozialer oder kultureller Perspektiven existiert.

SUHRKAMP, 164 Seiten, 14,40 Euro



## Georg Brunold NICHTS ALS DER MENSCH

Was ist der Mensch? Georg Brunold hat sich auf Spurensuche gemacht. Nichts als der Mensch versammelt Texte aus über 2500 Jahren rund um den Planeten, von Menschen, die Extremes erlebten, Tiefes dachten, scharf beobachteten und hintersinnig fragten. Wir begegnen radikalen Philosophen, schwärmerischen Dichtern und nüchternen Wissenschaftlern – und Menschen in Extremsituationen.

GALIANI, 800 Seiten, 87,40 Euro

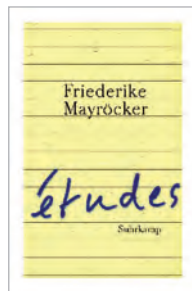
# Glioblastom, Fälschungen & Etüden



**Wolfgang Herrndorf**  
ARBEIT UND STRUKTUR

»Noch am Tag der Histologie war Holm abends auf einer Party mit dem Journalisten T. ins Gespräch gekommen, dessen Vater ebenfalls ein Glioblastom hat und noch immer lebt, zehn Jahre nach der OP. Wenn ich wolle, könne er mir die Nummer besorgen. Es ist vor allem dieses Gespräch mit einem Unbekannten, das mich aufrichtet. Ich erfahre: T. hat als einer der Ersten in Deutschland Temodal bekommen.«

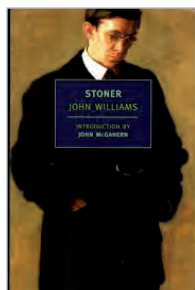
ROWOHLT BERLIN, 448 Seiten, 20,60 Euro



**Friederike Mayröcker**  
ÉTUDES

Etüden nennt Friederike Mayröcker ihre prosaischen Gedichte und lyrischen Prosastücke, Studien also, »Fetzchen« auch, wie sie sagt, splitternd, brüchig und aufs höchste konzentriert, die Sprache zugespitzt aufs Wesentliche allein, der Entgrenzung von Raum und Zeit, der Transposition des gelebten Augenblicks in ein ewiges Hier und Jetzt. Allesamt sind es Variationen auf die Vergänglichkeit des Irdischen.

SUHRKAMP, 196 Seiten, 20,60 Euro



**John Williams**  
STONER

Ein Roman über die Freundschaft, die Ehe, ein Campus-Roman, schließlich ein Roman über die Arbeit. Über die harte Arbeit auf den Farmen; über die Arbeit, die einem eine zerstörerische Ehe aufbürdet, über die Mühe, in einem vergifteten Haushalt mit geduldiger Einfühlung eine Tochter großzuziehen und an der Universität oft teilnahmslosen Studenten die Literatur nahebringen zu wollen.

DTV, 352 Seiten, 20,50 Euro



**Jamaica Kincaid**  
DAMALS, JETZT  
UND ÜBERHAUPT

Die Sweets – Mutter, Vater, zwei Kinder – leben in einem Städtchen in Neu-England, wo auf den ersten Blick alles beschaulich erscheint. Mrs. Sweet kam einst von einer Karibikinsel ins Land. Mr. Sweet, ein wenig erfolgreicher Komponist, wuchs in New York in einem großbürgerlichen Haushalt auf. Die Unterschiede entwickeln Sprengkraft, und die Zeit macht die Gefühle brüchig.

UNIONSVERLAG, 224 Seiten, 20,60 Euro



**Alice Munro**  
LIEBES LEBEN

»Dir diesen Brief schreiben ist wie einen Zettel in eine Flasche stecken und hoffen, er wird Japan erreichen«, schreibt Greta an Harris, den Zeitungsreporter, der sie nach einer Party fast geküsst hätte. Aber eben nur fast. Auf wenigen Seiten kondensiert die Nobelpreisträgerin Alice Munro die geheimen Träume ihrer Figuren in vierzehn neuen Erzählungen, die mit einem furiosen Finale enden.

S. FISCHER, 368 Seiten, 22,70 Euro



**Georges Perec**  
DER CONDOTTIERE

Gaspard Winckler ist Fälscher und führt dank seiner Kunstfertigkeit ein komfortables Leben. Bis er eines Tages seinem Auftraggeber die Kehle durchschneidet und flieht. Zwölf Jahre lang hatte Gaspard geduldig die großen Meister kopiert. Georges Perec erzählt vom Durchbruch eines jungen Malers, der mit einem Gewaltakt der Nachahmung abschwört und den Schritt zu einem eigenständigen Werk wagt.

HANSER, 160 Seiten, 18,40 Euro

# Klimaschutz im Wohnbau – um jeden Preis?

**Muss nicht der** bisherige Kurs im ökologischen Wohnbau einer kritischen Reflexion unterzogen und das sozial Vertretbare und wirtschaftlich Machbare in den Vordergrund gestellt werden, fragt Artur Streimelweger.

**W**as ist uns der Klimaschutz wert? Wollen wir ihn um jeden Preis? Stellt er tatsächlich, wie viele sagen, eine Win-win-Situation dar, getreu dem Credo: Mehr Klimaschutz = geringerer Energieverbrauch = mehr in der Geldbörse? Mit anderen Worten: Eine lebenswertere Umwelt von der alle profitieren – die Haushalte mit geringeren Energiekosten, die Wirtschaft durch neue Wachstumsimpulse? Die eierlegende Wollmilchsaue in der Energie- und Klimaschutzpolitik gibt es aber nicht. Das ist ein Irrglaube. Denn da geht es immer auch um die Lastenverteilung, sprich: Wer bzw. welcher Sektor welchen Anteil zur Senkung der Treibhausgase und Energieverbrauch beisteuert, welche öffentlichen Mittel bereitgestellt werden und Instrumente als Hebel zur Verfügung stehen. Und es geht in diesem Zusammenhang auch um die Kosten der Lastenverteilung.

Wenn man sich die Diskussion darüber auf EU-Ebene und Österreich im Besonderen ansieht, wird man den Eindruck nicht los, dass die ambitionierten Klimaschutz- und Energieeffizienzziele (»20-20-20-Ziele«: bis 2020 -20% Treibhausgase, +20% erneuerbare Energie, +20% Energieeffizienz) einzig und allein durch Maßnahmen im Gebäudesektor erreicht werden sollen. Dabei ist in diesem Sektor schon eine Menge passiert. Als einziger der größeren Treibhausgas-Emittenten konnten die Klimaziele 2008–2012 im Gebäudebereich insgesamt erreicht bzw. unterschritten werden. Zielwert für das Jahr 2010 waren Emissionen in der Höhe 11,9 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente, laut der vom Bundesumweltamt zuletzt veröffentlichten Treibhausgas-Inventur wurde dieser exakt erreicht. 2011 ist mit rd. 10% erneut ein Rückgang des Treibhausgasausstoßes zu verzeichnen. Insgesamt sind die Emissionen zwischen 1990 und 2011 um 26% zurückgegangen, wobei die Reduktion im Wesentlichen seit dem Jahr 2003 einsetzte.

Anders sieht es im Verkehrs-, Industrie- und Energiesektor aus. Hier sind sie im gleichen Zeitraum um 55%, 15% bzw. 1% angestiegen.

## MASSGEBLICHSTEN BEITRAG

Den maßgeblichsten Beitrag zur Emissionsreduktion leistete der Wohnbausektor mit einem Rückgang des Treibhausgasausstoßes zwischen 1990 und 2011 um 34% (die größten Emittenten sind hier die Eigenheime mit einem Anteil an den CO<sub>2</sub>-Emissionen von fast zwei Drittel, mit einem Anteil rd. 7% sind die Wohnungen gemeinnütziger Bauvereinigungen die zweitgeringsten Treibhausgasverursacher im Wohnsektor). Mit anderen Worten haben die forcierten Ökologisierungsbemühungen im Wohnbau den durch den Verkehrs- und Industriebereich verursachten Treibhausgasanstieg dämpfen können – und das mit einem »Gewicht« des Wohnsektors innerhalb der Emissionssektoren von heute 13% (Verkehr: 26%, Industrie: 30%). Während die Treibhausgasemissionen im Wohnbau zwischen 1990 und 2011 um 3,7 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente zurückgegangen sind, sind sie insgesamt in diesem Zeitraum 4,7 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente angestiegen.

Die Ursachen für den Rückgang im Wohnungssektor sind in der Erhöhung der Energieeffizienz der Gebäude bzw. der Drosselung des Energieverbrauches sowie der Umstellung der Heizsysteme und des Brennstoffmixes zu finden. Voraussetzung für die vergleichsweise starke Emissionsreduktion war die Ausrichtung der Wohnbauförderungssysteme und Bauordnungen auf die Klimaschutzvorgaben.

Nicht nur der CO<sub>2</sub>-Ausstoß hat sich im Wohnbau deutlich reduziert, auch der Energieverbrauch ist durch die energieeffiziente Bauweise und Heizungssysteme sowie verstärkte Sanierungstätigkeit substantiell gesunken. Der Heizenergiever-

brauch pro m<sup>2</sup> konnte in den letzten 20 Jahren um rd. 30% reduziert werden. Der durchschnittliche Energieverbrauch pro Haushalt ist zwischen 1999/2000 und 2009/10 um rd. 6,4% gesunken, wobei sich zeigt, dass die Steigerung der Energieeffizienz im Geschößwohnbau deutlich stärker ausfällt als in den Eigenheimen, die eine weniger kompakte Bauweise und geringere Sanierungsraten aufweisen.

Zusammengefasst: Klimaschutz und Energieeffizienz spielt sich zu einem Gutteil im Wohnbau ab. Daran dürfte sich auch künftig nichts ändern. Darauf lassen die EU-20-20-20-Ziele und die darüber hinaus gehenden klimaschutz- und energiepolitischen Zielsetzungen sowie die zur Implementierung der diesbezüglichen Richtlinien und Vorgaben beschlossenen nationalen Gesetze und Vereinbarungen schließen. Zu nennen wären hier zuvorderst die Gebäuderichtlinie und die Energieeffizienzrichtlinie auf europäischer Ebene sowie der »Nationale Plan« zur »kostenoptimalen« Umsetzung der Gebäuderichtlinie, die Art. 15a B-VG-Vereinbarung zwischen Bund und Länder zur Reduktion der Treibhausgase im Gebäudesektor, das Klimaschutzgesetz sowie Klimaschutz- und Energiestrategie der Bundesregierung auf österreichischer Ebene.

## KLIMASCHUTZGESETZ

Hervorzuheben ist hier das neue Klimaschutzgesetz. Mit ihm wurden sektorale Höchstmengen für den Treibhausgasausstoß für die Jahre 2013 bis 2020 festgelegt. Abermals soll der Gebäudesektor zwischen 2013 und 2020 mit einem Reduktionsziel von minus 13,5% die weitaus größten Einsparungen bewältigen. Insgesamt wird mit dem Gesetz eine Emissionsverringering in diesem Zeitraum um 7,3% beabsichtigt. Umgerechnet beläuft sich das Gesamtreduktionsziel auf 3,8 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente, wovon der Gebäudesektor mit 1,4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten und einem Anteil von rd. 36% am Einsparungsvolumen die Hauptlast tragen soll. Im Vergleich zu den Hauptverursachern Verkehr und Industrie (ohne Emissionshandel) bürdet man damit wieder einmal dem Wohnbau die Hauptlast der Einsparungen auf. Beide bringen es auf jeweils auf einen Anteil von 37% bzw. 14% an den Gesamtemissionen, sind aber aufgerufen, ihren Ausstoß nur um 7% bzw. 3% zu verringern. Als weitere Benachteiligung kommt hinzu, dass Vorleistungen im Wohnbau nicht berücksichtigt werden.

Gegen das Klimaschutzgesetz haben sich auch die Bundesländer ausgesprochen. Sie kritisierten in ihren Stellungnahmen unisono, dass die Einsparungspotentiale im Wohnbau bereits »weitestgehend ausgereizt« seien. Obgleich weitere

Einsparungen möglich seien, hält etwa die niederösterreichische Landesregierung in ihrer Stellungnahme fest, »muss aus der täglichen Praxis angeführt werden, dass die ‚low hanging fruits‘ in diesem Bereich bereits geerntet sind. Vielfach werden Wohnbauförderungsmittel, die an zu strenge und aufwändige Energieeffizienzmaßnahmen gekoppelt sind, von den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr angenommen.« Trotz der breiten Ablehnung der Bundesländer als »Umsetzer« wurde das Klimaschutzgesetz im letzten Jahr beschlossen.

Klimaschutz und Energieeffizienz im geförderten Wohnbau haben ihren Preis.

Erstens: Die Zahl jener Häuslbauer und Bauträger, die aufgrund der (zu) hohen technisch-energetischen Auflagen zur Erlangung von Wohnbauförderungsmitteln die »Flucht aus der Förderung« in das freifinanzierte Segment antreten, nimmt zu – womit im mehrgeschoßigen Sektor auch der gestalterische Einfluss der öffentlichen Hand auf die Mietpreisgestaltung zunehmend verloren geht.

Zweitens: Die verstärkte Ökologisierung des geförderten Wohnbaus und die sich aus klimaschutzpolitischen Erwägungen immer weiter erhöhenden energetischen Standards (Passivhausstandard) und die dafür erforderlichen Maßnahmen wie hoch gedämmte Gebäudehüllen, kontrollierte Be- und Entlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung in den Wohnbau und der Einbau alternativer Energieträger haben die Baukosten in den letzten Jahren enorm erhöht. Allein zwischen 2004/5 und 2010/11 sind sie sich im geförderten gemeinnützigen Mietwohnungsbau um ein Drittel bzw. über 400 Euro/m<sup>2</sup> auf mehr als 1.800 Euro/m<sup>2</sup> gestiegen. Die deutlich größten Kostenverursacher sind dabei die energetischen Komponenten (höhere Wärmedämmung, Fenster, Lüftungs- und Klimatechnik, Solaranlagen). Sie schlagen sich mit einem Plus bei den Baukosten im Ausmaß von bis zu 150 bis 200 Euro/m<sup>2</sup> nieder. Das macht immerhin die Hälfte des Kostenanstiegs aus. Unterm Strich ist es dadurch zu einem Mietanstieg in neu errichteten Wohnungen um 16% bzw. 1 Euro/m<sup>2</sup> auf 7,2 Euro/m<sup>2</sup> gekommen.

Diese »Begleiterscheinung« des energetischen Qualitätshypes im geförderten Wohnbau wurde bislang weitgehend ignoriert, bestenfalls milde belächelt. Dies auch deshalb, weil bislang bei der Erstellung der Energie-Standards eine Art »Wünsch-dir-was« gegolten hat. Darüber konnten sich einschlägige Lobbyverbände freuen. Der Kostenaspekt und damit

das leistbare Wohnen blieben aber auf der Strecke. Obwohl es kritische Stimmen immer wieder gegeben hat. So etwa der Vorarlberger Rechnungshof, der in einem Bericht darauf hingewiesen hat, dass der Kostenvorteil des Passivhauses über den Lebenszyklus »nicht nachweisbar« ist. »Dies kann nach Ansicht des Landes-Rechnungshofes dem Zweck gemeinnützigen Wohnbaus, leistbares Wohnen zu ermöglichen, entgegenstehen.«

Das tut es auch. Denn die Einkommen der Haushalte halten mit dem Kostenauftrieb nicht mit. So sind die realen Nettojahreseinkommen des 1. Quartils unselbständig Erwerbstätiger zwischen 2005 und 2011 um 4 % zurückgegangen, jene des 3. Quartils stagnierten in diesem Zeitraum und die mittleren realen Einkommen sind leicht zurückgegangen.

Drittens: Was bereits der Rechnungshof für den Vorarlberger geförderten Wohnbau angezweifelt hat, belegt erstmals österreichweit eine breit angelegte Evaluierung der Kosten und Nutzen von energetischen Maßnahmen im gemeinnützigen Wohnbausektor. Zentrales Ergebnis: Passiv- und Niedrigstenergiehäuser rechnen sich nicht. Die baulichen Mehrkosten dieser Gebäudetypen von 100 Euro/m<sup>2</sup> lassen sich durch die bessere energetische Qualität nicht »hereinspielen«, zusätzlich erhöhen die Wartungskosten in Passiv- und Niedrigstenergiehäusern die laufenden Kosten. Verschlechtert wird die Bilanz noch dadurch, dass der tatsächliche Energieverbrauch deutlich über den errechneten Werten des Energieausweises liegt. Kurz: die angestrebten Energieeinsparungen treten nicht in dem Maß ein, wie erwartet – und mit öffentlichen Mitteln gefördert. Wie auch internationale Untersuchungen zeigen, ist dies auf den so genannten Rebound- und Prebound-Effekt (Unterausnutzung des Einsparungspotenzials aufgrund wirtschaftlicher und psychologischer Aspekte bzw. geringerer Verbrauch in thermisch schlechten Gebäuden aufgrund von Sparmaßnahmen) zurückzuführen. In einer Gesamtbetrachtung auf 35 Jahre (Lebenszyklus) zeigt die Untersuchung des Österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen, dass die auf eine Mietvorschreibung umgelegten Investitions- und Energiekosten eines Passivhauses um 300 Euro pro Wohnung und Jahr deutlich höher liegen als jene in einem »normalen« Niedrigenergiehaus.

Hinzu kommt – viertens –, dass die Wohnbauförderungsmittel für den Neubau seit mehreren Jahren kontinuierlich zurückgehen. Zwischen 2009 und 2012 haben sich die Neubauförderungsausgaben um 300 Mio. Euro auf nur mehr 1,5

Mrd. Euro reduziert. Im gleichen Zeitraum gingen die geförderten Wohnungen um 23 % oder 7.000 Wohnungen auf nur mehr insgesamt 23.000 Wohnungen zurück. Grund für den Einbruch ist eine Umverteilung der Förderungsmittel in den Sanierungssektor. In den letzten 10 Jahren wurden die thermischen-energetischen Wohnhaussanierungen auf Kosten der Errichtung leistbarer neuer Wohnungen stark in die Höhe gefahren. Während die geförderten Sanierungskosten zwischen 2001 und 2011 um eine Mrd. Euro auf 2,3 Mrd. Euro expandierten und damit die Bundesländer dem klimaschutzpolitischen Ziel einer jährlichen dreiprozentigen Sanierungsrate des Gebäudebestandes ein Stück weit näher kamen, wird der Fehlbestand an erschwinglichen Mietwohnungen vor allem in den Ballungszentren aufgrund der Unterdotierung der Neubauförderungsbudgets in den Ländern immer größer.

Fehlende Wirtschaftlichkeit von überzogenen energetischen Maßnahmen im geförderten Wohnbau, rasant gestiegene Baukosten infolge der Umsetzung der energetischen Anforderungen, dadurch gestiegene Mieten und stark rückläufige Neubauförderungsmittel durch eine Umverteilung in den Sanierungssektor – eigentlich alles Gründe, den bisherigen Kurs im ökologischen Wohnbau einer kritischen Reflexion zu unterziehen und das sozial Vertretbare und wirtschaftlich Machbare in den Vordergrund zu stellen. Geförderter Wohnbau muss auch hohen Umwelt- und Qualitätsstandards entsprechen. Priorität sollte aber (wieder) leistbares Wohnen haben. Der Mangel günstiger Mietwohnungen in den Städten sollten dafür Grund genug sein – ansonsten führt sich der geförderte Wohnbau eines Tages selbst ad absurdum. 🌱

**ARTUR STREIMELWEGER**

ist Referent im Wohnwirtschaftlichen Referat des Österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen und Redaktionsmitglied der ZUKUNFT. Der Artikel stellt die persönliche Meinung des Autors dar.



DEBORAH SENGL

DIE LETZTEN TAGE  
DER MENSCHHEIT

ESSL MUSEUM



Deborah Sengl I. Akt / 7. Szene: Bei der Batterie. 1 Artillerieoffizier, 1 Feldkurat, 1 Journalistin. 2013

Rattenpräparate und Requisiten auf Holzpodesten Höhenmaße der Szene: variabel Fotonachweis: Misha Nawrata, 2013 © Deborah Sengl, 2013

# Europäische Energiepolitik

**Ausgehend von einem** Sammelband zu Europas Energiepolitik, den Martin Graf, Patrick Horvath und Wolfgang Ruttenstorfer 2013 unter dem Titel »Powerlines« herausgegeben haben, diskutiert Thomas Nowotny Europas Energiepolitik sehr kritisch. Den Themen Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit werde zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, die klimapolitischen Zielsetzungen würden durch ein planloses Nebeneinander staatlicher Regulierung und marktgesteuerter Liberalisierung verfehlt.

**W**ie konnte es geschehen, dass sich die auf die gesamte Erde verteilte und genetisch ziemlich homogene Spezies des Homo Sapiens so unterschiedlich entwickelt hat; mit einigen Gruppen, die auch heute noch in existenzbedrohender Armut leben; und andere hingegen in gesichertem Wohlstand?

Darüber gibt es viele Mutmaßungen. Eine nicht unwahrscheinliche kommt vom amerikanischen Autor Jared Diamond, der in seinem Buch »Guns, Germs and Steel« diese Unterschiede daraus erklärt, dass einige dieser Gruppen sich zusätzliche Energie (zunächst in Form von Zug- und Tragtieren und als Quelle von proteinreicher Nahrung) nutzbar machen konnten. Das hat technischen Fortschritt ermöglicht; und dieser wiederum die Erschließung neuer Energiequellen.

Hat diese Betrachtung der Vergangenheit auch heute noch Bedeutung? Ja und nein! Betrachtet man die Menschheit insgesamt, dann bleibt ihr Wohlergehen eng mit der Verfügbarkeit von Energie verknüpft. Einige der bisher noch armen Länder, wie etwa China und Indien, werden durch ein besonders rasches Wirtschaftswachstum emporgehoben. Das wäre nicht möglich, würde nicht auch ihr Energiekonsum rasch wachsen. Die jetzige weltweite Steigerung des Energieverbrauchs ist fast ausschließlich durch dieses Wachstum der »Schwellenländer« verursacht. Für die vielen in »Schwellenländern« lebenden Menschen ist der Zusammenhang zwischen steigendem Energieverbrauch und steigendem Wohlbefinden also zwingend. In diesen Schwellenländern lebt nun fast die Hälfte der Menschheit und daher überträgt sich das auch auf das gesamte globale System. Betrachtet man das also vom Stand-

punkt eines »Weltdurchschnitts« aus, so ist dieser Zusammenhang zwischen steigendem Energieverbrauch und steigendem Wohlstand weiterhin gegeben; selbst dann wenn man den Wohlstand nicht an einer niedrigeren oder einer höheren Kaufkraft bemisst, sondern an Indikatoren wie die überdurchschnittliche Lebenserwartung oder die überdurchschnittliche Schulbildung.

## ENERGIE NICHT MEHR SO BILLIG

Wir könnten den Rahmen aber auch weiter spannen und untersuchen, wie eine stark ausgeweitete, kostengünstige und umweltverträgliche Energieerzeugung uns gestatten würde, Grenzen zu überwinden, an denen sich die Menschheit zur Zeit noch stößt. Man könnte aus Meerwasser Süßwasser destillieren und so Wüsten fruchtbar machen; man könnte Metalle aus sehr armen Erzen gewinnen; man könnte Glashäuser am Polarkreis errichten um dort Gemüse und Blumen zu züchten; man könnte den Menschen dort mit künstlichen Licht die Polarnacht erträglich machen; und man könnte mit reichlich vorhandener und billiger Elektrizität Gas für Raumheizung und Treibstoff für den Verkehr produzieren.

Das freilich sind Spekulationen über eine ferne Zukunft. Im Augenblick ist Energie eben nicht so wohlfeil zu haben. Auch nicht in den schon reichen Staaten, die sich im Übrigen voneinander in ihrem Pro-Kopf-Energieverbrauch unterscheiden. Das zeigt, dass sich in den schon reichen Staaten weiteres Wirtschaftswachstum sowohl mit einem höheren wie auch einem geringeren Energieaufwand erkaufen lässt. Aber auch im besten Fall kann man zur Zeit diesen Zusammenhang zwischen wachsender Wirtschaft und wachsendem Energie-

aufwand noch nicht völlig lösen<sup>1</sup>. Unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem stellt auf eine stets wachsende Wirtschaft und damit auch auf einen, wenn auch schwächer, so doch auch zunehmenden, Verbrauch von Energie ab.

Die Europäische Politik hat sich nun das Ziel gesetzt, auch diesen jetzt noch verbleibenden Zusammenhang zwischen Wohlstand und Energieverbrauch völlig aufzulösen; den Energieverbrauch nicht zu steigern, sondern zurückzufahren. Energiesparen wurde zum gesellschaftlich-politischen Leitbild. Das Ziel prägt die Energiepolitik der Europäischen Union und wurde auch von Österreich übernommen.

### ECHTE SCHUBUMKEHR

Wie der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Erich Foglar in seinem Beitrag feststellt, hat es also in Sachen Energiepolitik gerade in der öffentlichen Meinung Österreichs eine echte Schubumkehr gegeben. Stolz über steigende Energieproduktion und steigenden Energiekonsum hat dem Streben nach möglichst geringem Energieverbrauch Platz gemacht. In der Nachkriegszeit hat sich die österreichische Identität am Bild vom aufwachsenden Kraftwerk Kaprun festgemacht – am Ausblick auf steigende Energieproduktion und steigenden Energiekonsum. Das heutige österreichische Selbstverständnis und Selbstbewusstsein ist gefärbt vom Stolz auf Kraftwerke, die – so wie das Atomkraftwerk Zwentendorf oder das Donaukraftwerk Hainburg – nicht gebaut wurden.

Diese Schubumkehr erklärt sich zum Teil aus einem sinkenden Grenznutzen einer weiteren Mehrung von materiellem Wohlstand. Ist man ohnehin schon reichlich mit materiellen Gütern versorgt, dann wird eben anderes als materieller Besitz wichtiger. Man sehnt sich nach Rückkehr in eine idealisierte, noch intakte Natur. Man ängstigt sich ob der von der Technik ausgehenden Gefahren – etwa ob jener, welche durch den Betrieb von Atommeilern entstehen. All das beschäftigt den schon wohlversorgten Teil der Menschheit oft stärker, als die Sorge um ein noch größeres Angebot an Dienstleistungen, Waren und Energie.

Soviel also zum breiteren Rahmen, in den sich die zahlreichen und sehr unterschiedlichen Beiträgen des Sammelbands »Powerlines« einfügen. Vorweg machen die Herausgeber klar, dass sich aus diesen vielen unterschiedlichen Beiträgen kein geschlossenes Bild ergibt. Da argumentieren Silvia Angelo und Dorothea Herzele (Arbeiterkammer Wien) gegen Steuern auf den Ausstoß von Kohlendioxid (den Hauptverursacher

des Klimawandels). Franz Nauschnigg (OeNB) hingegen widmet seinen Beitrag ausschließlich der Befürwortung eben dieser Steuern. Alexander Egit (Geschäftsführer von Greenpeace Österreich) hält den Ausbau von leistungsstarken Hochspannungsnetzen für überflüssig, ebenso wie eine stärkere Nutzung von Erdgas. Ex-OMV Vorstand Wolfgang Ruttenstorfer und Gerhard Roiss (jetziger Generaldirektor der OMV) sehen hingegen in Erdgas die strategische, unverzichtbare »Übergangstechnologie« zu einem späteren, »post-fossilen« Zeitalter, in welchem man dann endgültig auf alle Kohlendioxid emittierenden Energiequellen verzichten könnte. Anders als im Beitrag von Egit wird in den Beiträgen, welche von den Betreibern der E-Netze geschrieben wurden, ein beschleunigter (und überaus kostspieliger) Ausbau der Fern-Übertragungsnetze als unabwendbar bezeichnet. Unterschiedlich bewertet wird auch die Möglichkeit zur dezentralen Erzeugung, Steuerung und Speicherung von Energie. Viele Beiträge befassen sich mit dem Ausblick und den Folgen von »smart metering«, der unmittelbar bevorstehenden<sup>2</sup> Einführung von Stromzählern, welche den jeweiligen Verbrauch jede Viertelstunde an die Stromanbieter rückmelden. Einige erblicken darin eine Revolution mit stark positiven Auswirkungen auf das gesamte Energiesystem. Andere dämpfen solchen Optimismus und meinen, dass die praktischen Folgen vorerst relativ beschränkt bleiben.

Dass es solche Widersprüche zwischen den einzelnen Beiträgen gibt, sollte nicht stören. Dass sie offensichtlich werden, ist vielmehr sinnvoll. Die österreichische und die europäische Energiepolitik sind nämlich tatsächlich von unterschiedlichen Interessen, Sichtweisen und, wenn man das so nennen will, von unterschiedlichen Weltanschauungen bestimmt. Wir befinden uns da noch auf einer Baustelle, auf der diese Unterschiedlichkeit nicht überwunden wurden, und es noch kein in sich geschlossenes, logisches Ganzes gibt. Die Baupläne dafür werden ständig neu gezeichnet. Das ist schon deshalb notwendig, weil sich nicht nur unsere Zielvorstellungen laufend ändern; sondern auch viele der Annahmen, von denen diese Zielvorstellungen ausgehen.

Was waren nun diese Annahmen, welche die europäische Energiepolitik bestimmten?

1) Erdgas und Erdöl werden weltweit knapp und damit um vieles teurer. Sie müssen daher durch neue, nicht fossile Energieträger ersetzt werden. Diese beiden Energiequellen werden bald erschöpft sein.

2) Eine Politik zur Minderung des Ausstoßes an »Treibhausgasen« – vor allem an Kohlendioxid – lässt sich weltweit durchsetzen. Dadurch wird es möglich, die durch die Emission solcher Treibhausgase verursachte Erwärmung der Erdoberflächentemperatur in erträglichen Grenzen zu halten.

3) Falls sich die obige Vermutung nicht bewahrheiten sollte, und für den Fall, dass es dann eben kein formelles, weltweit wirksames »Klimaabkommen« geben sollte, würde auch die bloße Vorbildwirkung eines »klimafreundlichen« Europas und vor allem die durch das europäische Beispiel erwiesene größere Wirtschaftlichkeit alternativer Energien, die übrige Welt dazu veranlassen, diesem europäischen Vorbild nachzueifern. Auch der Rest der Menschheit würde dann den Energieverbrauch einschränken und den Ausstoß an Treibhausgasen verringern.

4) Die aus Nutzung von Sonnenenergie durch Photovoltaik und die durch die Nutzung von Windenergie gewonnene Elektrizität wird schon in kurzer Zeit voll mit der aus fossilen Brennstoffen gewonnenen Elektrizität preislich konkurrieren können; und das selbst dann, wenn man dabei alle Umstellungs- und Folgekosten in Rechnung stellt. Die jetzt noch aufwendige staatliche Förderung von Solar- und Windenergie wird daher bald überflüssig.

5) Durch Energiesparen, durch die Steigerung der Energieeffizienz, und durch den großflächigen Einsatz von Alternativen Energien wird es möglich, die Abhängigkeit Europas von Energieimporten zu verringern. Am Ende würde Europa »energieautark« und wäre so überhaupt von allen Energieimporten unabhängig.

Die tatsächliche Entwicklung hat all diese Annahmen teilweise oder gänzlich widerlegt.

Wird Erdöl und Erdgas knapp und damit wesentlich teurer?

Im Vergleich zu Erdgas ist der weltweite Vorrat an Erdöl knapper bemessen. Man hat angenommen, dass die noch verbleibenden Vorräte recht gering sind und hat prophezeit, dass sie sehr bald aufgebraucht sein werden. Aber die Lage ist nicht ganz so dramatisch. Selbst wenn man die weitere Steigerung der Nachfrage durch die »Schwellenländer« berücksichtigt, würden die Vorräte an Erdöl noch für 50 Jahre reichen. Diese etwas optimistische Prognose berücksichtigt die »nicht-

konventionelle« Gewinnung von Erdöl aus Öl-Sand und Ölschiefer; die Anwendung neuer Bohrtechniken; sowie die Steigerung der Förderung durch Erschließung von bisher unzugänglichen Feldern etwa unter dem tieferen Meeresboden oder in der Arktis. Gleichzeitig hat sich der Verbrauchszuwachs etwas gedämpft, so etwa durch, die Absenkung des durchschnittlichen Treibstoffverbrauchs von Kraftfahrzeugen.

### ERDGAS FÜR 250 JAHRE

Weitaus reichlicher als die Vorräte an Erdöl sind die Vorräte an Erdgas. Man geht davon aus, dass (auch durch die Anwendung von »fracking«<sup>3</sup>) genügend Erdgas bereit stehen wird, um in den nächsten 250 Jahren den weltweiten Bedarf zu decken. Der Einsatz von »fracking« erzeugte in den USA ein Überangebot an Erdgas. Die Preise sind daher dort auf die Hälfte jener Preise gesunken, die in Europa für Erdgas verrechnet werden.

Das hat weitreichende Folgen. In den USA selbst ersetzt nun bei der Befuerung von Elektrizitätswerken das Erdgas die Kohle. Letztere war lange Zeit billiger, ist es aber im Vergleich zu Erdgas nicht länger. Wird in der Erzeugung von Elektrizität Kohle durch Erdgas ersetzt, so verringert sich der klimaschädigende Kohlendioxid-Ausstoß eines Kraftwerkes um mindestens die Hälfte. Dementsprechend sind die gesamten US-Kohlendioxid-Emissionen um 11 % zurück gegangen. Die in den USA für die Elektrizitätserzeugung nicht länger benötigte Kohle wird nun auch nach Europa exportiert, wo sie – etwa in Deutschland – mit der Folge eines erhöhten Ausstoßes von Kohlendioxid zum Betrieb von Elektrizitätskraftwerken eingesetzt wird (darauf werden wir später noch zurückkommen).

Das billige Erdgas drückt in den gesamten USA die Energiepreise und das schafft den USA darüber hinaus auch einen industriepolitischen, standortpolitischen Vorteil; zumindest solange die US Erdgaslager nicht erschöpft sind; und das kann, wie erwähnt, doch ein- oder zweihundert Jahre dauern.

Setzt sich Europas Klimapolitik weltweit durch?

Das ist nicht der Fall. Zwar mag das schon reiche USA, und andererseits das aufstrebende China trachten, die Emission von Treibhausgasen mit verschiedenen Maßnahmen einzudämmen. Es ist aber Europa nicht gelungen, diese beiden und allen anderen Staaten dazu zu bewegen, die Einhaltung von »Klimazielen« völkerrechtlich verbindlich zu machen. Europa wollte das erreichen. Es blieb aber mit diesem Anliegen bei

der Kopenhagen-Klimakonferenz isoliert. Das Minimalergebnis dieser Konferenz wurde zwischen den USA und China ausgehandelt. Europa hatte daran keinen Anteil<sup>4</sup>.

In den Jahren seither ist man nicht weiter vorangekommen. Die im Kyoto-Klimaabkommen vorgesehenen verbindlichen Obergrenzen für die Emission von Treibhausgasen wurden nur von Europa und sonst noch von einigen wenigen anderen Staaten akzeptiert. Sie gelten vor allem nicht für die »Schwellenländer«, deren Emissionen besonders rasch ansteigen. Das Kyoto-Abkommen wird 2015 auslaufen.<sup>5</sup> Ein Nachfolgeabkommen – sollte es überhaupt eines geben – könnte bestenfalls im Jahre 2020 in Kraft treten.

Inzwischen bleibt in Europa – und zumindest in Österreich – der Glaube daran unerschüttert, dass man durch tugendhaftes Festhalten an den »Klimazielen« den weltweiten Temperaturanstieg bremsen könnte. Das ist blanke Illusion.

#### **Anteile an der weltweiten Treibhausgas- Emission**

China	29%
USA	16%
EU-Europa	11%

Den Schwellenländern wie China und Indien wird durch das noch geltende Kyoto-Abkommen die Emission von Treibhausgasen mengenmäßig nicht beschränkt<sup>6</sup>. Aber gerade diese Länder haben in der Zeit zwischen 1990 und 2010 diese Emissionen stark erhöht, während Europa sie – zumindest anfangs – verringern konnte. Es ist nicht zu erwarten, ja es ist auszuschließen, dass sich der Trend umkehrt, und dass auch die Emissionen der Schwellenländer sinken.

#### **Veränderungen der Treibhausgas-Emission 1990 – 2010**

EU Europa	-15,5
China	+280
Indien	+198

Laut Björn Lomborg kosten die Klimaschutzmaßnahmen EU-Europa jährlich circa 190 Mrd. Euro. Diese Anstrengungen würden erwirken, dass sich im Jahre 2100 die Erderwärmung um 37 Stunden verzögert, dass man also die selbe höhere Temperatur dann eben 37 Stunden später erreicht. Inzwischen hat man auch schon das Ziel verfehlt, den Kohlendioxidanteil in der Atmosphäre auf weniger als 400 Teile pro Millionen Teile einzuschränken. Wäre dieses Ziel erreicht, so würde die Oberflächentemperatur der Erde um nicht mehr als zwei

Grad Celsius ansteigen. Die 400-Teile-Grenze wurde 2013 überschritten.

Die Aussichtslosigkeit und geringe Wirkung seiner bisherigen, intensiven und kostspieligen Bemühungen, sowie ökonomischer Wettbewerbsdruck und die Internationalisierung der Energiemärkte werden Europa also letztlich dazu zwingen, sich vom Kyoto-Regime zu verabschieden; und das zumindest solange, als die anderen, weitaus gewichtigeren Emittenten von Treibhausgasen nicht bereit sind, Europas Beispiel zu folgen.

Sind neue Energieerzeugungstechniken wirtschaftlicher und führen sie zum globalen Politikwandel?

Neue Technologien verbreiten sich heute weltweit schneller als je zuvor. Einmal hat dieser, einmal jener Staat die Nase vorne in der Entdeckung und Nutzung von neuerer Technologie. China etwa führt nunmehr in der Produktion von Windkraftwerken und von Solar-Paneelen. Diese Produkte wurden zwar in Europa zur Serienreife entwickelt. Auf dieser Vorarbeit konnte China seine eigene und nunmehr führende Position aufbauen. Mit dieser Technologie hat China aber keineswegs auch die europäische Energiepolitik übernommen hat. Das zu erwarten, wäre überheblich und weltfremd. China geht seinen eigenen Weg und nimmt ungefähr jede Woche ein neues Kohlekraftwerk in Betrieb. Das hat üble Folgen, nicht nur durch den Beitrag zur globalen Erderwärmung. Das hat schlechte Folgen zunächst auch in China selbst, wo an vielen Tagen der Feinstaub die Sicht vernebelt und wo jedes Jahr mehr als eine Million Menschen an den Folgen der Luftverunreinigung sterben. Das zeigt, dass selbst in dem bei der Produktion von Solarpaneelen und Windkraftanlagen führenden China Solar- und Windstrom nicht so billig wird, dass er den Bau von Kohlekraftwerken überflüssig macht – selbst unter Berücksichtigung der Folgekosten.

#### **VORBILD EUROPA**

China wird dem europäischen Beispiel der »Energiewende« nicht folgen. Jedem, der die USA kennt, wird auch die Vorstellung ein Lächeln abnötigen, die USA könnten ernsthaft daran interessiert sein, einem »Vorbild Europa« nachzueifern. Das Wort »europäisch« ist in der US-Politik zum Schimpfwort verkommen.

Man muss daher davon ausgehen, dass Europa in seiner Energiepolitik kaum Nachahmer finden wird und in diesem

Bereich (sowie in vielen anderen) in der Gemeinschaft der Staaten isoliert bleibt. Es wird ihm nicht gelingen, ein Regelwerk zu Klima- und Energiepolitik völkerrechtlich und weltweit verbindlich zu machen. Es kann auch nicht davon ausgehen, dass andere Staaten und Weltregionen seinem bloßen Beispiel folgen werden. Selbst wenn Europa als Europäische Union geschlossen und entschlossen handeln würde – und davon ist man notorischer Weise weit entfernt – selbst dann müsste man in Rechnung stellen, dass der weltweite Einfluss Europas in dem Maße schrumpft, in dem sich sein relatives Gewicht in der Weltwirtschaft laufend verringert.

Und damit kommen wir zu einer weiteren der europäischen Energie- und Klimapolitik zu Grunde liegende Annahme:

Sind alternative Energien (Sonnen- und Windkraft) preislich mit fossilen Brennstoffen konkurrenzfähig?

Sowohl Sonnen- als auch Windenergieerzeugung werden in Österreich, und vor allem in Deutschland, massiv subventioniert. Das geschieht durch Ökzuschläge auf den Strompreis. Diese werden auf die Stromkonsumenten überwältigt. Die Erzeuger von mit Wind und Sonne generiertem Strom hingegen können ihrerseits davon profitieren, dass dieser Strom zu langfristig stabilen und relativ hohen Abnahmepreisen in das allgemeine Netz »eingespeist« wird.

Bei der Einführung dieser Regelung ist man davon ausgegangen, dass durch diese hohe Subventionierung von Photovoltaik und Windkraft ein Massenmarkt für Solarmodule und Windkraftwerke geschaffen wird. Das würde den Fortschritt in der Produktion von Windturbinen und Solarmodulen vorantreiben und deren Erzeugung rasch verbilligen. Damit könnte die so erzeugte Elektrizität auf dem freien Markt in Kürze preislich mit der konventionell erzeugten Elektrizität konkurrieren.

Schon bei Windkraft würde diese Ziel nur dann erreicht, wenn die Windgeneratoren stets mit voller Kapazität laufen, und auch nur dann, wenn bei der Belieferung der Endabnehmer keine zusätzlichen Kosten entstünden.

Nicht so weit ist man bei den Solarmodulen – obgleich auch hier rasche Fortschritte erzielt wurden, und die Kosten der Stromproduktion durch Module stark gesunken sind. Beide Berechnungen – sowohl die für Sonnenenergie wie auch

die für Windkraft – betrachten freilich nur die Preise zu denen ein ständig laufender Windgenerator und ein ständig von der Sonne beschienenes Solarmodul Strom an das Netz abgeben können. In unseren Breiten aber scheint die Sonne eben nicht immer verlässlich. Auch der Wind bläst nicht immer und stark (das tut erselbst nicht bei den in der Nord- und Ostsee gebauten »Windfarmen«). Aber das ist nicht der einzige Grund weswegen dem Konsumenten Solar- und Windenergie teuer zu stehen kommt. Die Kosten erhöhen sich nämlich nicht nur durch die schwankenden Leistungen von Windkraftwerken und Solarmodulen. Daneben entstehen auch beträchtliche Kosten aus der Einfütterung dieser unregelmäßigen, nicht im Voraus berechenbaren Anlieferungen in ein System der Stromversorgung, das dem Endverbraucher dennoch Konstanz und Zuverlässigkeit garantieren muss.

Den Konsumenten kommt dadurch die ihm gelieferte Elektrizität teuer zu stehen. Das wird am Beispiel des in der »Energiewende« führenden Deutschland offenkundig, wo den Haushalten ein rund 50% über dem EU-27-Schnitt und fast doppelt so hoher Strompreis wie in Frankreich verrechnet wird.

Der an den Windgeneratoren und Solarmodulen erzeugte Strom verteuert sich für den Endverbraucher nicht bloß durch die von ihm zu zahlende Ökoprämie, sondern eben auch durch alle jene Maßnahmen, die notwendig sind, um Versorgungssicherheit trotz der unberechenbar schwankenden Zulieferung von Wind und Solarenergie zu gewährleisten.

## WINDELEKTRIZITÄT AUS DEM OSTEN

Windstrom muss dazu zumeist über große Distanzen transportiert werden. In Österreich wird Windelektrizität hauptsächlich im Osten des Landes generiert; und muss von dort nach Westen geleitet werden; in Deutschland von den hauptsächlich im Norden des Landes platzierten Windkraftanlagen in den Süden.<sup>7</sup> Die geografische Distanz zwischen Verbraucher und Produzent wird also länger. Die Europäische Kommission hat berechnet, dass zur Überwindung dieser Schwierigkeit bis zu Jahrhundertmitte zusätzliche 50.000 Kilometer an sehr kostspieligen Starkstromleitungen gebaut werden müssen.

Aber das ist nicht einmal das hauptsächliche Problem. Das größere entsteht dadurch, dass infolge der unregelmäßigen Stromerzeugung durch Wind und Sonne traditionelle Kraftwerke oder Elektrizitätsspeicher bereitstehen müssen, um bei Bedarf einzuspringen und zu liefern, was Windkraftwer-

ke wegen Windmangels und Solarmodule wegen düsterem Himmel nicht liefern können. An einem sonnigen, windigen Sommerwochenende kann der gesamte deutsche Strombedarf aus diesen beiden alternativen Formen der Stromerzeugung gedeckt werden. Aber die Sonne scheint nicht immer und der Wind bläst nicht immer. Also müsste der durch diese »alternativen Energien« erzeugte Strom entweder irgendwie so lange gespeichert werden, bis er benötigt wird; oder es müsste dann, wenn Sonne und Windkraft ausfallen, die Elektrizität eben auf konventionelle Weise durch sozusagen in Bereitschaft stehende Gas- und Kohlekraftwerke geliefert werden.

Wirtschaftlich<sup>8</sup> speichern lässt sich Elektrizität zur Zeit nur in Pumpspeicherwerken. Andere Formen der Speicherung – und vor allem solche näher bei den Endverbrauchern – sind entweder technisch nicht entwickelt oder nicht wirtschaftlich.<sup>9</sup> Es gibt aber nicht genügend Pumpspeicherwerke, und es fehlen zum Teil auch die zu ihnen führenden, kapazitätsstarken Starkstromleitungen. So müssen bei einem Ausfall von Sonne- und Windstrom konventionelle Kraftwerke zugeschaltet werden. Sie wären also nicht in dauerndem Betrieb sondern nur fallweise. Wenn ein teures Kraftwerk mit seinen hohen Fixkosten aber nur zeitweilig ans Netz geht, dann wird sein Betrieb überhaupt unwirtschaftlich. Das betrifft insbesondere die Gaskraftwerke, die den Vorzug hätten, sich rasch hochfahren zu lassen.

Hier müssen wir weiter ausholen und einen Blick auf den gesamteuropäischen Elektrizitäts- und Energiemarkt und dessen Regelung werfen. Laut Artikel 194 des Lissabonner Vertrages steht es jedem EU-Mitgliedsland frei, selbst unter den verschieden möglichen Arten der Energieerzeugung zu wählen und zu seiner Energieversorgung entsprechende Abkommen mit Drittländern – etwa Russland – zu verhandeln. Das hat es etwa Deutschland erlaubt, die »Energiewende« forsch voranzutreiben und nach dem Unfall im japanischen Fukushima die Schließung der Atomkraftwerke zu beschließen.<sup>10</sup>

Gleichzeitig ist aber der europäische Elektrizitätsmarkt den Regeln des EU-Binnenmarktes unterworfen und demnach weitgehend liberalisiert. Für die Betreiber der Übertragungsnetze besteht Durchleitungspflicht und der verfügbare Strom wird auf »Strombörsen« international gehandelt; wobei nach dem »Merit-Order-Prinzip« stets jener Stromerzeuger zum Zug kommt, der mit den geringsten variablen Kosten produziert. Das sind – wenn die Bedingungen so sind, dass

sie liefern können – die Betreiber von Windkraftwerken. Deren variablen Kosten sind deshalb null, weil Wind eben nichts kostet. Herrscht aber Windstille und fällt die Zulieferung der Windkraftwerke aus, dann springen zunächst die mit Braunkohle (!!!) betriebenen Kraftwerke in die Bresche; und später die mit Steinkohle betriebenen. Dies geschieht deshalb, weil die variablen »Grenzkosten« dieser Kohlekraftwerke geringer sind als jene der Gaskraftwerke. Im Unterschied zu den USA ist Erdgas in Europa nämlich noch relativ teuer. Das ist bedingt einerseits durch die langfristigen Lieferverträge mit Russland, und andererseits durch Engpässe beim Import von Erdgas aus anderen Teilen der Welt.<sup>11</sup>

### ABSURDE SITUATION

So kommt es also – zumindest in Deutschland – zur absurden Situation, dass emissionsarme Gaskraftwerke durch die Umwelt stark schädigende Braunkohle- oder Steinkohle-Kraftwerke ersetzt werden, wobei für letztere Kohle u. a. aus den USA importiert wird. In den USA wird Steinkohle wegen der preisgünstiger produzierenden Gaskraftwerke nicht länger benötigt. Die deutschen Karbondioxyd-Emissionen steigen damit (zugleich mit den Importen von höchst umweltschädlichen Energieträgern).

Das deutsche Beispiel verweist auf ein grundsätzliches Problem. Es entsteht aus dem Zusammentreffen eines liberalisierten europäischen Strommarktes mit einem stark regulierten nationalen System der Strom- und Energiepolitik. Hier sind wohl über kurz oder lang größere Reformen notwendig:

Einerseits kann man gerade bei einem so lebensnotwendigen Produkt wie Elektrizität und Energie die Politik nicht aus der Verantwortung entlassen, für die Bereitstellung solcher Lebensnotwendigkeiten zu sorgen und in die Strom- und Energiemärkte einzugreifen. Andererseits verweist ja auch gerade dieses deutsche Beispiel auf die Gefahren, die hochkommen, wenn in der Energiepolitik die Marktkräfte weitgehend ignoriert werden.

Wenn man also alle Folgekosten einrechnet, dann hat die hoch subventionierte deutsche »Energiewende« Solar- und Windenergie keineswegs wettbewerbsfähig gemacht. In Deutschland hat sie zuletzt nicht zu einer zusätzlichen Verringerung des Ausstoßes an Treibhausgasen geführt. Das Gegenteil ist eingetreten. Die deutschen Emissionen von Kohlendioxyd haben sich 2012 im Vergleich zum vorhergegangenen Jahr um 1,6 Prozent erhöht, wobei die Emissionen der Stein-

kohle Kraftwerke um 3,4 Prozent zugenommen hat; und jene der Braunkohle-Kraftwerke um 5,1 Prozent.

Führt die Energiewende zu Europas Energie-Autarkie?

All das stellt auch das Ziel, die Abhängigkeit Europas von Energieimporten zu verringern, in Frage. 82 Prozent des in Europa verbrauchten Erdöls werden importiert; und 57 Prozent des verbrauchten Erdgas. Trotz Energiewende und trotz der die Nachfrage dämpfenden Wirtschaftskrise wurde Europa stärker von Energieimporten abhängig. Die Internationale Energieagentur ist der Meinung, dass diese Importabhängigkeit Europas weiter zunehmen wird.

#### Abhängigkeit Europas von Energieimporten

2000	50%
2012	60%
2020	70%

Quelle IEA

Hingegen wird die Importabhängigkeit der USA schwinden. Ja, sie wandeln sich vom Energie-Importeur zum Exporteur von Energie. Die Energieimport-Abhängigkeit Japans wird sich, anders als die europäische, nicht ausweiten. China und Indien werden auf den Welt-Energiemärkten verstärkt als Nachfrager auftreten und den Europäern dabei stark Konkurrenz machen. Neben wirtschaftlichen, hat das auch geopolitische Folgen. In den USA wird dadurch die ohnehin schon fühlbare Neigung verstärkt, sich aus politischem Engagement in fernen Weltgegenden zurückzuziehen. Das betrifft nun aber gerade auch jene Regionen, aus denen Europa Erdöl und Erdgas bezieht, die politisch unstabil sind und die daher als Lieferanten ausfallen könnten. Zugleich wird Europa wohl nicht gewillt sein, sich in diesen Regionen als Ordnungsmacht an Stelle der USA zu setzen.

Solche Überlegungen beleuchten ein Ziel, welches in der europäischen Energiepolitik vorrangig sein sollte; welches aber von anderen Zielen anscheinend überlagert wird. Es ist das Ziel der Versorgungssicherheit. Offenbar wurde es umweltpolitischen Zielen nachgereiht,<sup>12</sup> und das obwohl ja gerade die Energiewende auf diesem Gebiet Probleme schafft. Durch die starken Schwankungen in der Anlieferung von Solar- und Windstrom wird es schwierig, Spannung und Frequenz konstant zu halten. Große Strommengen müssen über weite Strecken transportiert werden. Manchmal muss man Strom importieren, und ihn ein anderes Mal ans Ausland ver-

schicken, um zu verhindern, dass ein Überangebot an Strom das heimische Netz zusammenbrechen lässt.

Zusammenbrüche in der Elektrizitätsversorgung sind eine sehr ernste Sache. In Österreich würde ein zehnstündiger Ausfall Schaden in der Höhe von 536 Millionen Euro verursachen. In den Hochhäusern würden die Aufzüge still stehen. Im Straßenverkehr würden die Ampeln ausfallen. Lebensmittel würden in den Kühlschränken verderben und an den Tankstellen würden die Benzinpumpen still stehen. Nach vier Stunden würde das Mobil-Fernsprechnetzen versagen; nach zehn Stunden das Festnetz. Die Computer würden nicht länger funktionieren. Die Arbeit der Banken wäre unterbunden; von den Schwierigkeiten beim öffentlichen Verkehr, den Gesundheitsdienstleistungen etc. und den damit verbundenen Folgen ganz zu schweigen

Die Europäische Union hat sich verbindlich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahre 2020 ihre Emission an Treibhausgasen insgesamt um 20% reduziert zu haben; den Anteil der erneuerbaren Energie am Gesamt-Energieverbrauch auf durchschnittlich 20% angehoben zu haben<sup>13</sup>; und den Energieverbrauch insgesamt um 20% zurück gefahren zu haben.

#### EHRGEIZIGE ZIELE

Über das darauf folgende Ziel – dem Ziel für das Jahr 2030 – wird in der EU noch heftig diskutiert. Im Gespräch steht eine weitere Anhebung des Anteils der erneuerbaren Energie auf 30% vom Gesamtverbrauch. Das würde bedeuten, dass sich das Tempo der Umstellung auf erneuerbare Energie in den zehn Jahren zwischen 2020 und 2030 gegenüber dem vorhergegangenen Zeitraum verdoppelt. In seinem Beitrag zu dem besprochenen Sammelband hält Alexander Egit – der Geschäftsführer von Greenpeace Österreich – aber auch dieses 30%-Ziel des Jahres 2030 für zu wenig ehrgeizig. Er wünscht sich, dass bis dahin alternative Energien sogar 35% des gesamten EU-Energieverbrauchs decken.

Solche ehrgeizigen Ziele muss man mit dem schon Erreichten vergleichen; und sie an diesem schon erkennbaren Ergebnis der EU-Energie- und Klimapolitik messen. Es bietet sich an, das an Hand der deutschen Gegebenheiten zu tun, da Deutschland für sich und für Europa ja in Anspruch nimmt, eine Führungsrolle in der europäischen »Energiewende« zu spielen. Wie ist es nun um diese Realität bestellt? Die Nennleistung der in Deutschland installierten Solar- und Windkraftwerke würde ausreichen, um 84% des deutschen



1. In den nächsten Jahren wäre laut ÖGB Präsident Erich Foglar Österreich in der Lage, seinen Energieaufwand so zu beschränken, dass die Wachstumsraten des Energiekonsums halb so hoch sein werden wie die Wachstumsraten des Nationalproduktes (siehe Beitrag des ÖGB Präsident im besprochenen Buch).
2. In Österreich sollen bis 2019 flächendeckend 5 Millionen dieser neuen elektronischen Stromzähler installiert sein.
3. Das in tiefen Gesteinschichten eingeschlossene Erdgas wird durch Sprengung / Lockerung des umgebenden Gesteins freigesetzt und nach oben geleitet.
4. Jeder in Diplomatie einigermaßen Versierte ist sich bewusst, dass man – zumal als einer der Hauptakteure – nicht an einer internationalen Konferenz teilnimmt, deren Ausgang so völlig offen ist; oder bei der der bestehende Verhandlungsrahmen nicht zumindest ein positives Ergebnis erwarten lässt.
5. In seinem Beitrag zum besprochenen Buch argumentiert Heinz Kienzl, dass die beobachtete Klimaerwärmung Folge von natürlichen Schwankungen sei und nicht durch menschliche Aktivität verursacht ist. Ich möchte emphatisch betonen, dass ich diese Meinung NICHT teile. Das Intergovernmental Panel on Climate Change hat ja erst in seinem im September 2013 vorgelegten jüngsten Bericht argumentiert, dass menschliche Tätigkeit mit 95%iger Wahrscheinlichkeit die Ursache der Erderwärmung ist. Auch bin ich überzeugt, dass die Folgen dieser Erwärmung dramatisch sein werden. Ich meine aber, dass sich dieser Schaden nicht länger durch Versuche abwenden lässt, den weltweiten Ausstoß von Treibhausgasen zu mindern (Politik der „mitigation“). Dazu ist es zu spät. Man muss statt dessen versuchen, mit den Folgen fertig zu werden (Politik der „adaptation“).
6. Die Versuche, das zu ändern sind – wie erwähnt – bei der Kopenhagen-Klimakonferenz gescheitert und blieben auch seither ergebnislos
7. Die Transportwege kreuzen sich in Westösterreich, wo es auch noch die größten ungenutzten Reserven für den Bau von Pumpspeicherwerken gibt.
8. Selbst Pumpspeicherwerke werden dann unwirtschaftlich, wenn sie nur sehr unregelmäßig benutzt werden.
9. Das betrifft z. B. auch den Vorschlag die Batterien von Elektroautos als Zwischenspeicher zu nutzen. Diese Form der E-Speicherung ist 18-mal kostspieliger wie die Speicherung durch Pumpkraftwerke.
10. Gleitend; die letzten deutschen A-Kraftwerke sollen im Jahre 2022 herunter gefahren werden.
11. Und natürlich auch durch die bisherige und weitgehende europäische Abstinenz in der Anwendung von „fracking“ zur Erschließung von Schiefergas.
12. Umweltpolitischen Zielen wurden offenbar auch andere Ziele der europäischen Energiepolitik nach gereiht. So den industriepolitischen Zielen. Im Jahre 2000 hatte die industrielle Fertigung noch einen 22 prozentigen Anteil am europäischen BNP. Im Jahre 2012 betrug er nur mehr bescheidene 16 Prozent. Die Europäische Kommission will ihn nun bis 2020 wieder erhöhen; und zwar auf 20 Prozent. Wie lässt sich das mit den ebenfalls von der Europäischen Union geschmiedeten Plänen vereinbaren, denen zu Folge der Energieeinsatz im Jahre 2050 nur mehr 20 Prozent vom heutigen Einsatz betragen soll?
13. In Österreich ist der Anteil der »Erneuerbaren« in Folge der Nutzung von Wasserkraft ohnehin schon hoch und liegt bei 25 Prozent. Bis 2020 sollte er auf 32 Prozent angehoben sein.
14. Will Boisvert; Energy Bust in Germany, in Dissent, summer 2013, p 62ff
15. Diese starke Reduktion in der Emission von Treibhausgasen wäre durch die Bereitstellung von „Alternativenergie“ und durch Energiesparen allein nicht erreichbar. Diese Einsparungen wären nur mit Hilfe von „Carbon Storage and Capture“ erreichbar; dadurch also, dass die Kohlendioxid-Emissionen von Kraftwerken untertags gespeichert werden. Die EU fördert dazu einige Pilot -Projekte. Ein solches Pilotprojekt wurde auch in den USA schon weit vorangetrieben; und letztlich doch eingestellt, weil die technischen Schwierigkeiten einfach unüberwindbar schienen. Es ist zu bezweifeln, dass Europa dort den Durchbruch schafft, wo schon vorher die USA nach hohen Investitionen gescheitert sind.

Elektrizitätsbedarfes zu decken. Tatsächlich aber – und aus den Gründen die wir oben beschrieben haben – deckten diese beiden Elektrizitätserzeuger nur 11,9% des deutschen Elektrizitätskonsums<sup>14</sup>. Unsummen wurden also in brachliegenden und niemals auch nur annähernd nutzbare Nennleistung investiert.


Noch weiter gesteckt als die europäischen Ziele für das Jahr 2030 sind jene, ebenfalls noch unverbindlichen, für das Jahr 2050. Die erneuerbare Energie sollte bis dahin 75% des EU-Energiebedarfs abdecken; und die Treibhausgase sollte um 80% bis 90%<sup>15</sup> reduziert worden sein.

Man könnte solchen hochgesteckten Ziele dadurch etwas näher kommen, dass man Atomkraft wieder stärker nutzt. Aber in zahlreichen EU-Ländern wird massiver politischer Widerstand das verhindern.

## VERSORGUNGSSICHERHEIT UND WIRTSCHAFTLICHKEIT

So bleibt es also bei diesem Auseinanderklaffen. Auf der einen Seite steht eine der öffentlichen Stimmung folgende politische Deklamatorik und eine ihr folgende, völlig aus dem Ruder laufenden »Energiewende«. Auf der anderen Seite steht die Realität eines weiterhin hohen, und im Wesentlichen nicht reduzierbaren europäischen Energiekonsums. Die politische Deklamatorik wird dominiert von umweltpolitischen Zielsetzungen. Demgegenüber verblassen die anderen notwendigen Ziele einer Energiepolitik; so vornehmlich das Ziel der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit.

Darin spiegelt sich ein grundsätzliches Problem moderner europäischer Gesellschaften. Man ist wohlstandsmüde, fortschritts- und technologieskeptisch geworden, und das in dem Maße, dass man sich in »Heilslehren und Endzeiterwartungen« flüchtet (Beitrag des AK-Experten Ditmar Wenty). Dennoch stehen natürlich auch modernen Gesellschaften auf einer wirtschaftlichen Basis, die von technischer Entwicklung steigender Produktivität und – ja selbstverständlich – auch von hohem Energiekonsum bestimmt ist.

Die Politik ist offensichtlich nicht im Stande, diesen Widerspruch sichtbar zu machen. Noch weniger ist sie im Stande, ihn aufzulösen. 

### THOMAS NOWOTNY

ist Jurist und war langjährig im diplomatischen Dienst der Republik Österreich tätig. Von 1970–1975 war er Sekretär im Kabinett von Bundeskanzler Bruno Kreisky, 1983–1993 Leiter der Grundsatzabteilung des Außenministeriums, danach bei der OECD in Paris und in vielen anderen Funktionen tätig. Im »Ruhestand« lehrt er »Internationale Beziehungen« an der Universität Wien.

Der Beitrag bezieht sich auf das Buch »Powerlines – Energiepolitische Entwicklungslinien Europas, herausgegeben von Martin Graf, Patrick Horvath, Wolfgang Rutenstorfer, new academic press, Wien 2013.



